

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007  
und Lagebericht

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA  
Hof an der Saale

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA  
Hof an der Saale

**Bilanz zum 31. Dezember 2007**

**A k t i v a**

	Anhang	31.12.2007	31.12.2006
	Tz.	T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>	4		
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	168	53
Sachanlagen		199	132
Finanzanlagen	6	3.087.298	2.830.827
		<u>3.087.665</u>	<u>2.831.012</u>
<b>Umlaufvermögen</b>			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		888.970	1.111.429
Sonstige Vermögensgegenstände		59.459	52.385
		<u>948.429</u>	<u>1.163.814</u>
Guthaben bei Kreditinstituten		0	16
		<u>948.429</u>	<u>1.163.830</u>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	8	1.210	1.185
		<u>4.037.304</u>	<u>3.996.027</u>

**Passiva**

	Anhang	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2006</u>
	Tz.	T€	T€
<b>Eigenkapital</b>			
Gezeichnetes Kapital	9		
Stammaktien		292.787	248.704
Vorzugsaktien		3.778	3.167
--bedingtes Kapital T€ 3.550 (i.Vj. T€3.149)--			
--bedingtes Kapital T€ 2.497 (i.Vj. T€2.179)--			
--bedingtes Kapital T€ 8.181 (i.Vj. T€8.011)--			
--bedingtes Kapital T€15.000 (i.Vj. T€12.800)--			
		<u>296.565</u>	<u>251.871</u>
Kapitalrücklage	10	1.550.721	1.567.424
Andere Gewinnrücklagen		51.129	51.129
Bilanzgewinn	11	<u>668.683</u>	<u>681.792</u>
		<u>2.567.098</u>	<u>2.552.216</u>
<b>Rückstellungen</b>			
	12		
Rückstellungen für Pensionen		1.302	1.088
Steuerrückstellungen		55.658	28.740
Sonstige Rückstellungen		<u>60.215</u>	<u>50.873</u>
		<u>117.175</u>	<u>80.701</u>
<b>Verbindlichkeiten</b>			
	13		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		307.457	335.988
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		368	233
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1.041.981	1.021.649
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		64	69
Sonstige Verbindlichkeiten		<u>3.161</u>	<u>5.171</u>
		<u>1.353.031</u>	<u>1.363.110</u>
		<u>4.037.304</u>	<u>3.996.027</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007**

	<u>Anhang</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
	Tz.	T€	T€
Beteiligungsergebnis	15	243.690	220.590
--davon aus verbundenen Unternehmen T€243.621 (i. Vj. T€220.590)--			
Sonstige betriebliche Erträge	16	59.848	63.648
Personalaufwand	17	-6.089	-5.403
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-145	-206
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19	-90.118	-117.526
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		15.094	13.916
--davon aus verbundenen Unternehmen T€15.094 (i. Vj. T€13.916)--			
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		58.567	61.557
--davon aus verbundenen Unternehmen T€35.184 (i. Vj. T€ 39.913)--			
Abschreibungen auf Finanzanlagen	18	-15.261	-24.100
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-89.794	-97.859
--davon an verbundene Unternehmen T€62.621 (i. Vj. T€60.903)--			
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>175.792</u>	<u>114.617</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	-50.090	-56.574
Sonstige Steuern		-11	-11
Jahresüberschuss		<u>125.691</u>	<u>58.032</u>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		542.992	623.760
Bilanzgewinn		<u><u>668.683</u></u>	<u><u>681.792</u></u>

# Anhang der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale für das Geschäftsjahr 2007

## 1. Allgemeines

### Rechnungslegung

Die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, im Folgenden auch kurz "FMC-AG & Co. KGaA" oder die „Gesellschaft“ genannt, ist seit dem Geschäftsjahr 2005 als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union („EU“) grundsätzlich verpflichtet, den Konzernabschluss nach den „International Financial Reporting Standards“ („IFRS“) unter Anwendung von § 315a HGB zu erstellen und zu veröffentlichen. Die Gesellschaft hat bislang die Wahlmöglichkeit nach Artikel 58 Absatz 5 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch („EGHGB“) in Anspruch genommen, wonach § 292a HGB in der bis zum 9. Dezember 2004 geltenden Fassung noch auf Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2007 beginnen, angewendet werden konnte, und daher den Konzernabschluss bis zum 31. Dezember 2006 nach den US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen, den „Generally Accepted Accounting Principles“ („US-GAAP“), aufgestellt. Mit dem Wegfall der Wahlmöglichkeit im Geschäftsjahr 2007 ist die Gesellschaft nach § 315a HGB erstmalig verpflichtet, einen IFRS Konzernabschluss zu veröffentlichen. Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit den am Abschlussstichtag gültigen Regelungen des „International Accounting Standards Board“ (IASB) und den verbindlichen Interpretationen des „International Financial Reporting Interpretations Committee“ (IFRIC), wie sie in der EU verpflichtend anzuwenden sind, erstellt. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht werden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereicht.

Weiterhin stellte die Gesellschaft einen Konzernabschluss nach US-GAAP in US Dollar auf und reichte diesen mit dem Formular 20-F der Securities and Exchange Commission, Washington, D. C., USA, ein.

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Fresenius SE nach § 315a HGB (IFRS) und in deren freiwillig aufgestellten Konzernabschluss nach US-GAAP einbezogen.

Die Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 S. 1 Nr. 11 HGB erfolgen statt im Anhang alternativ in einer separaten Beteiligungsliste der FMC-AG & Co. KGaA nach § 287 Satz 1 HGB. Diese wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch eingereicht, der die Angaben dem Unternehmensregister übermittelt. Aus ihr lassen sich auch die in diesem Bericht verwendete Abkürzungen entnehmen.

## 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr beibehalten worden.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten bewertet, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen. Die Nutzungsdauer für ein in Vorjahren erworbenes Geschäftsführungsrecht beträgt 10 Jahre und für Standardsoftware 2 Jahre. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, soweit den Vermögensgegenständen ein niedrigerer Wert am Bilanzstichtag beizulegen ist und die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist.

## Anhang

---

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer oder, soweit steuerlich zulässig, degressiver Abschreibungen bewertet.

Für die Abschreibungsermittlung der anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung gelten überwiegend Nutzungsdauern von 3 – 5 Jahren. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Bei den degressiven Abschreibungen wird auf die lineare Abschreibungsmethode übergegangen, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, soweit den Vermögensgegenständen ein niedrigerer Wert am Bilanzstichtag beizulegen ist und die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist.

Sofern die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden sie durch entsprechende Zuschreibungen rückgängig gemacht.

Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten werden grundsätzlich genutzt.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nominalbetrag abzüglich erforderlicher Einzelwertberichtigungen angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen werden mit dem Teilwert nach § 6a EStG und unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % p.a. sowie unter Zugrundelegung der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck (RT 2005 G) gebildet.

Die übrigen Rückstellungen werden für erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten gebildet und mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

### 3. Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungspositionen erfolgt mit dem Kurs zum Entstehungszeitpunkt oder bei Forderungen zum niedrigeren und bei Verbindlichkeiten zum höheren Marktkurs am Bilanzstichtag, soweit dies bei nicht kursgesicherten Positionen erforderlich ist.

## Anhang

### Bilanzerläuterungen

#### 4. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung ist nachfolgend dargestellt:

	Stand 01.01.2007	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2007	Abschrei- bungen kum.	Buchwerte 31.12.2007	Buchwerte 31.12.2006	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>								
Konzessionen und ähnliche Rechte	1.803	23	0	1.826	1.806	20	53	56
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0	148	0	148	0	148	0	0
<b>Summe Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>1.803</b>	<b>171</b>	<b>0</b>	<b>1.974</b>	<b>1.806</b>	<b>168</b>	<b>53</b>	<b>56</b>
<b>Sachanlagen</b>								
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	592	158	63	687	488	199	132	89
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>592</b>	<b>158</b>	<b>63</b>	<b>687</b>	<b>488</b>	<b>199</b>	<b>132</b>	<b>89</b>
<b>Finanzanlagen</b>								
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.636.602	309.307	70.138	2.875.771	9.084	2.866.687	2.608.462	1.115
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	226.492	12.957	973	238.476	21.655	216.821	218.575	14.146
Beteiligungen	3.790	0	0	3.790	0	3.790	3.790	0
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>2.866.884</b>	<b>322.264</b>	<b>71.111</b>	<b>3.118.037</b>	<b>30.739</b>	<b>3.087.298</b>	<b>2.830.827</b>	<b>15.261</b>
<b>Anlagevermögen</b>	<b>2.869.279</b>	<b>322.593</b>	<b>71.174</b>	<b>3.120.698</b>	<b>33.033</b>	<b>3.087.665</b>	<b>2.831.012</b>	<b>15.406</b>

### **5. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen ein Geschäftsführungsrecht und Standardsoftware.

### **6. Finanzanlagen**

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich durch den Erwerb und Verkauf von Anteilen an verbundenen Unternehmen, die Vornahme von Kapitalerhöhungen sowie durch Gründung einer Gesellschaft verändert.

### **7. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen Darlehen, die daraus resultierenden Zinsforderungen und laufende Verrechnungskonten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Steuerforderungen aufgrund von geleisteten Zahlungen für zum Teil angefochtene Steuerbescheide.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände weisen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf.

### **8. Rechnungsabgrenzungsposten**

Im Geschäftsjahr 2004 übernahm die FMC-AG & Co. KGaA von der FMC Trust Finance III die in 2011 fällige Darlehensverbindlichkeit in Höhe von T€ 300.000 gegenüber dem FMC Capital Trust V unter Abzug eines Disagios. Das Disagio wird mit einem Buchwert von T€ 896 unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Restlaufzeit linear verteilt.

## Anhang

---

### 9. Gezeichnetes Kapital

	<u>T€</u>	<u>Aktien</u>
<b><u>Inhaber-Stammaktien</u></b>		
Stand 31.12.2006	248.704	97.149.891
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen bis zum 15. Juni 2007	215	83.949
<hr/>		
Stand 15.06.2007 vor Aktiensplit	248.919	97.233.840
<hr/>		
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln ohne Ausgabe neuer Aktien (Aktiensplit im Verhältnis 1:3) zum 15. Juni 2007	42.783	
<hr/>		
Stand 15.06.2007 nach Aktiensplit	291.702	291.701.520
<hr/>		
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen nach dem 15. Juni 2007	1.085	1.085.063
<hr/>		
Stand 31.12.2007	292.787	292.786.583
<hr/>		
<b><u>Inhaber-Vorzugsaktien</u></b>		
Stand 31.12.2006	3.167	1.237.145
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen bis zum 15. Juni 2007	8	3.129
<hr/>		
Stand 15.06.2007 vor Aktiensplit	3.175	1.240.274
<hr/>		
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln ohne Ausgabe neuer Aktien (Aktiensplit im Verhältnis 1:3) zum 15. Juni 2007	546	
<hr/>		
Stand 15.06.2007 nach Aktiensplit	3.721	3.720.822
<hr/>		
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen nach dem 15. Juni 2007	57	57.265
<hr/>		
Stand 31.12.2007	3.778	3.778.087
<hr/>		

In der Hauptversammlung am 15. Mai 2007 wurde beschlossen, ohne Ausgabe neuer Aktien das Grundkapital der Gesellschaft aus Gesellschaftsmitteln um jeweils € 0,44 je bei Eintragung vorhandener Stammaktie sowie Vorzugsaktie zu erhöhen sowie anschließend das Grundkapital und die bedingten Kapitalien in Verhältnis 1 : 3 neu einzuteilen. Die Eintragung dieses Beschlusses erfolgte am 15. Juni 2007. Der anteilige Betrag am Grundkapital beträgt seitdem 1,00 € je Aktie.

Mit Schreiben vom 15. Februar 2006 hat die Fresenius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sie 36,77 % der Stimmrechte an den Stammaktien hält.

Zum 31. Dezember 2007 hält die Fresenius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., 36,41% der Stimmrechte an den Stammaktien der Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Fre-

## Anhang

---

senius SE, Else-Kröner-Straße 1, Bad Homburg v.d.H., alleinige Aktionärin der Fresenius Medical Care Management AG, die wiederum die persönlich haftende Gesellschafterin der FMC-AG & Co. KGaA ist.

Die Komplementärin, die Fresenius Medical Care Management AG, Hof an der Saale, ist zur Stellung einer Kapitaleinlage weder verpflichtet noch berechtigt. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der Gesellschaft beteiligt. Die persönlich haftende Gesellschafterin erhält für die Übernahme der Geschäftsführung der Gesellschaft und der Haftung eine Vergütung von 4% ihres Grundkapitals.

### Genehmigtes Kapital I

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 ist der Vorstand ermächtigt worden, bei erfolgreicher Durchführung des Formwechsels und Umtausch der Inhaber-Vorzugsaktien die Aufhebung des bestehenden Genehmigten Kapitals I basierend auf Inhaber-Vorzugsaktien vorzunehmen und die Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals I sowie die entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals um insgesamt bis zu T€ 30.720 durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2005 wurde danach aufgehoben.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, in der Zeit bis zum 29. August 2010 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt T€ 35.000 gegen Bareinlage durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Die Zahl der Aktien muss sich in demselben Verhältnis wie das Grundkapital erhöhen. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur für Spitzenbeträge zulässig. Die neuen Aktien können auch von durch die persönlich haftende Gesellschafterin bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

### Genehmigtes Kapital II

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 ist der Vorstand ermächtigt worden, bei erfolgreicher Durchführung des Formwechsels und Umtausch der Inhaber-Vorzugsaktien die Aufhebung des bestehenden Genehmigten Kapitals II basierend auf Inhaber-Vorzugsaktien vorzunehmen und die Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals II sowie die entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen.

Die Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals um insgesamt bis zu T€ 20.480 durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 wurde danach aufgehoben.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, in der Zeit bis zum 29. August 2010 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt T€ 25.000 durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlage und/oder Sacheinlage zu erhöhen (genehmigtes Kapital II). Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ferner ermächtigt, jeweils mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur zulässig, wenn im Fall einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlage der auf die neuen Aktien entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Aus-

## Anhang

---

stattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages durch die persönlich haftende Gesellschafterin nicht wesentlich unterschreitet oder im Falle einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen die Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder einer Beteiligung an einem Unternehmen erfolgen soll.

### Bedingtes Kapital

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat seit 1996 insgesamt vier Programme zur erfolgsabhängigen Vergütung des Vorstands und der leitenden Mitarbeiter beschlossen. Die Programme basieren auf Wandelschuldverschreibungen oder Aktienoptionen, für welche jeweils die nachfolgend beschriebenen bedingten Kapitalerhöhungen beschlossen wurden. Die Kapitalerhöhungen werden jeweils nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen bzw. Aktienoptionen von ihren Wandlungsrechten Gebrauch machen.

### Bedingtes Kapital I

In den Hauptversammlungen vom 24. September 1996 und vom 2. Juni 1999 ist eine bedingte Kapitalerhöhung von nom. T€ 12.800 durch Ausgabe stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien beschlossen worden.

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist dieses bedingte Kapital auf den Betrag herabgesetzt worden, der zur Sicherung der bisher ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen aufgrund der am 23. September 2001 auslaufenden Ermächtigung der Hauptversammlung vom 24. September 1996 erforderlich ist, nämlich auf nom. T€ 6.144.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um T€ 3.728 bedingt erhöht, durch Ausgabe von bis zu 1.108.074 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 348.260 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital I mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 3.671 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 3.086.742 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 584.733 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde von den Wandlungsrechten teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

	stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
vor dem Aktiensplit am 15. Juni 2007	1.400	4.772	16
nach dem Aktiensplit am 15. Juni 2007	20.627	100.370	121

### Bedingtes Kapital II

In den Hauptversammlungen vom 10. Juni 1998 und vom 2. Juni 1999 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 6.400 durch Ausgabe von bis zu Stück 2.500.000 stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien an die Berechtigten der gemäß dem Aktienoptionsprogramm auszugebenden Bezugsrechte bedingt zu erhöhen. Hiervon entfallen bis zu 500.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 2.000.000 Stück, die zum Bezug stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien berechtigen. Die Ausgabe der stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien erfolgt zu dem jeweils festgelegten Ausübungspreis. Die neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien nehmen am Gewinn ab Beginn des Geschäftsjahres teil, in dem die Ausgabe erfolgt.

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist dieses bedingte Kapital auf den Betrag herabgesetzt worden, der zur Sicherung der bisher ausgegebenen Aktienoptionen erforderlich ist, nämlich auf nom. T€ 3.072.

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um T€ 2.246 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 768.162 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 109.174 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital II mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 2.540 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 2.301.036 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 239.094 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde von dem Ausübungsrecht teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

	stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
vor dem Aktiensplit am 15. Juni 2007	0	4.621	12
nach dem Aktiensplit am 15. Juni 2007	0	42.714	43

### Bedingtes Kapital III

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 23. Mai 2001 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 10.240 durch Ausgabe von bis zu Stück 4.000.000 stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien zur Sicherung der in der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 beschlossenen Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen bedingt zu erhöhen. Hiervon entfallen bis zu 500.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 3.500.000 Stück, die zum Bezug stimmrechtsloser Inhaber-Vorzugsaktien berechtigen. Die neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien nehmen am Gewinn ab Beginn des Geschäftsjahres teil, in dem die Ausgabe erfolgt.

## Anhang

---

Durch den Beschluss in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 hatten die Berechtigten aus den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen die Möglichkeit, die vertragliche Grundlage für die Optionen sowie Wandelschuldverschreibungen dahingehend zu ändern, dass sich diese jeweils auf den Bezug von Stammaktien richten. Auf Grund dessen wurde am 10. Februar 2006 das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital der FMC-AG & Co. KGaA sich um T€ 8.965 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 1.109.967 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 2.391.884 neuen Inhaber-Stammaktien.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital III mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 9.159 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 3.248.280 neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien und von bis zu 5.910.873 neuen Inhaber-Stammaktien.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde von den Wandlungsrechten teilweise Gebrauch gemacht und es wurden folgende Aktien ausgegeben:

	stimmrechtslose Inhaber - Vorzugsaktien	Inhaber - Stammaktien	Erhöhung des gezeichneten Kapitals in T€
vor dem Aktiensplit am 15. Juni 2007	1.729	74.556	195
nach dem Aktiensplit am 15. Juni 2007	36.638	941.979	978

### Bedingtes Kapital IV

In der Hauptversammlung und der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom 9. Mai 2006 ist beschlossen worden, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu T€ 12.800 bedingt zu erhöhen durch Ausgabe von bis zu Stück 5.000.000 neuer Inhaber-Stammaktien. Hiervon entfallen bis zu 1.000.000 Stück auf die Gruppe der Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin. Auf die Gruppe der Mitarbeiter entfallen bis zu 4.000.000 Stück, die zum Bezug von Inhaber-Stammaktien berechtigen. Für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin ist ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig. Die neuen Inhaber-Stammaktien nehmen ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem die Ausgabe erfolgt, am Gewinn teil.

Der Ausübungskurs der unter dem Aktienoptionsplan 2006, im Folgenden auch kurz „2006 Plan“ genannt, gewährten Optionen entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs, der für die Stammaktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten 30 Kalendertage vor dem jeweiligen Zuteilungszeitpunkt notiert wurde. Die unter dem 2006 Plan gewährten Optionen haben eine Laufzeit von sieben Jahren, können jedoch erst nach einer dreijährigen Wartezeit ausgeübt werden. Optionen werden zugeteilt, wenn die Erfolgsziele über einen Zeitraum von drei Jahren ab dem Tag der Zuteilung erreicht werden. In jedem dieser Jahre gilt das Erfolgsziel als erreicht, wenn das bereinigte Ergebnis je Stammaktie („EPS“) der Gesellschaft, wie es unter dem 2006 Plan errechnet wird, sich während der Wartezeit jährlich um mindestens 8% erhöht; Ausgangswert ist das EPS im Jahr der Zuteilung gegenüber dem EPS vor dem Jahr der Zuteilung. Für jede Zuteilung gilt, dass ein Drittel der zugeteilten Optionen für jedes Jahr, in dem das Ziel von 8% für das EPS nicht erreicht oder übertroffen wird, verfällt. Die Ausübung eines oder mehrerer Anteile einer Zuteilung für

## Anhang

---

ein oder mehrere Jahre, in denen das Erfolgsziel erreicht wurde, kann erst nach Ablauf der gesamten dreijährigen Wartezeit erfolgen.

Durch den Beschluss in der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 wurde das bedingte Kapital IV mit Eintragung am 15. Juni 2007 im Verhältnis 1 : 3 neu eingeteilt. Auf Grund dessen wurde das bedingte Kapital dahingehend geändert, dass das Grundkapital sich um T€ 15.000 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 15.000.000 neuen Inhaberstammaktien. Die Neueinteilung des Grundkapitals ist bei der Berechnung, ob das Erfolgsziel jeweils erreicht wurde, so zu berücksichtigen, dass weiterhin eine Vergleichbarkeit der Bezugsgrößen gewährleistet ist.

### 10. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich wie folgt entwickelt:

	<u>T€</u>
Vortrag zum 01.01.2007	1.567.424
Minderung der Kapitalrücklage durch Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln ohne Ausgabe neuer Aktien (Aktiensplit im Verhältnis 1:3) zum 15. Juni 2007	-43.329
Bareinlage aus Wandlungsrechten und Aktienoptionen	26.626
<u>Stand 31.12.2007</u>	<u>1.550.721</u>

### 11. Bilanzgewinn

Im Bilanzgewinn ist ein Gewinnvortrag aus dem Vorjahr gemäß Gewinnverwendungsbeschluss in Höhe von T€ 542.992 enthalten.

### 12. Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen enthalten voraussichtliche Beträge aus noch ausstehenden Steueranforderungen für das Geschäftsjahr und die Vorjahre.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten vor allem Rückstellungen für ausstehende Kostenrechnungen, Jahresabschlusskosten, Personalrückstellungen sowie eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Zusammenhang mit einer Zinsswapvereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Luxemburg.

### 13. Verbindlichkeiten

	31.12.2007				31.12.2006			
	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	307.457	652	565	306.240	335.988	223	1.695	334.070
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	368	368	-	-	233	233	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon an die persönlich haftende Gesellschafterin)	1.041.981 (12.152)	535.447 (12.152)	506.534	-	1.021.649 (5.866)	361.574 (5.866)	660.075	-
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	64	64	-	-	69	69	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	3.161	2.905	256	-	5.171	4.915	256	-
<b>Summe</b>	<b>1.353.031</b>	<b>539.436</b>	<b>507.355</b>	<b>306.240</b>	<b>1.363.110</b>	<b>367.014</b>	<b>662.026</b>	<b>334.070</b>

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 265.240 (TUSD 245.000) enthalten, die die Gesellschaft im Rahmen der unter den Haftungsverhältnissen beschriebenen Kreditvereinbarung 2006 aufgenommen hat. Zur Besicherung der gesamten Verbindlichkeiten aus der Kreditvereinbarung 2006 sind die Anteile am Stammkapital wesentlicher Tochtergesellschaften an die Gläubiger verpfändet worden.

### 14. Haftungsverhältnisse

	31.12.2007	31.12.2006
	T€	T€
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen (davon zugunsten von verbundenen Unternehmen)	3.322.326 (3.321.716)	3.393.031 (3.392.268)

Am 31. März 2006 wurde die Gesellschaft Vertragspartner in einer neuen syndizierten Bankkreditvereinbarung („Kreditvereinbarung 2006“) in Höhe von TUSD 4.600.000 mit der Bank of America, N.A., Deutsche Bank AG (Zweigniederlassung New York), The Bank of Nova Scotia, Credit Suisse (Zweigniederlassung Cayman Islands), JP Morgan Chase Bank (Landesgesellschaft USA) und weiteren Darlehensgebern (kollektiv die „Gläubiger“), in der die Gläubiger der Fresenius Medical Care und bestimmten Tochtergesellschaften drei Kreditfazilitäten in einer Gesamthöhe von bis zu TUSD 4.600.000 bereitstellen. Diese Kreditvereinbarung löste die in 2003 abgeschlossene Vereinbarung über einen ursprünglichen Gesamtbetrag von TUSD 1.500.000 ab, die in zwei Nachträgen auf eine Gesamthöhe von TUSD 1.200.000 verringert worden war.

Im Juli 2007 erfolgten freiwillige vorzeitige Teilrückzahlungen in Höhe von insgesamt TUSD 300.000. Damit wurde der zur Verfügung stehende Kreditrahmen auf TUSD 4.128.125 reduziert.

## Anhang

---

Der Kredit valutiert zum 31. Dezember 2007 mit TUSD 3.253.254. Davon entfallen TUSD 87.140 auf Stand-by Letters of Credit und TUSD 3.166.114 auf in der Bilanz des Konzernabschlusses auszuweisende Verbindlichkeiten.

Die Verpflichtungen aus der Fresenius Medical Care Kreditvereinbarung 2006 werden von FMC-AG & Co. KGaA und einigen ihrer wichtigsten Tochtergesellschaften, einschließlich der FMC D-GmbH, garantiert.

Im Zusammenhang mit der Fresenius Medical Care Kreditvereinbarung 2006 ist die FMC-AG & Co. KGaA bankübliche Verpflichtungen eingegangen. Weiterhin sind bestimmte Zahlungen der Gesellschaft, insbesondere Dividendenausschüttungen, limitiert.

Darüber hinaus garantieren die FMC-AG & Co. KGaA und einige ihrer wichtigsten Tochtergesellschaften, einschließlich der FMC D-GmbH, die Verpflichtungen des FMC Capital Trust II und des FMC Capital Trust IV aus der Begebung so genannter Trust Preferred Securities zu einem Gesamtpreis von TUSD 450.000 bzw. TUSD 225.000. Bei den Trust Preferred Securities handelt es sich um Wertpapiere, die einen Anspruch auf eine feste Verzinsung gewähren und die bezogen auf das Vermögen des jeweiligen Trusts Eigenkapitalcharakter haben.

Die FMC-AG & Co. KGaA garantiert zusammen mit ihren beiden Tochtergesellschaften Fresenius Medical Care Holdings Inc. und FMC D-GmbH außerdem noch die Verpflichtungen aus einer vorrangigen Anleihe der FMC Finance III S.A., Luxemburg. Diese Anleihe mit einem Nominalvolumen von TUSD 500.000 und einer Laufzeit von 10 Jahren wurde am 2. Juli 2007 begeben.

### Erläuterungen der Gewinn - und Verlustrechnung

#### 15. Beteiligungsergebnis

	2007	2006
	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen)	20.521 (20.452)	10.519 (10.519)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (davon aus verbundenen Unternehmen) (davon sonstige betriebliche Erträge aus Steuerumlagen)	254.497 (254.497) (90.011)	241.529 (241.529) (80.522)
Aufwendungen aus Verlustübernahme (davon aus verbundenen Unternehmen)	-31.328 (-31.328)	-31.458 (-31.458)
<b>Summe</b>	<b>243.690</b>	<b>220.590</b>

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen betreffen im Wesentlichen die FMC D-GmbH und die Aufwendungen aus Verlustübernahme im Wesentlichen die FMC Beteiligungsgesellschaft.

### 16. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen vor allem Kursgewinne aus Fremdwährung. In vergleichbarer Höhe sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Kursverluste aus Fremdwährung enthalten.

Außerdem beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge periodenfremde Kostenerstattungen für Vorjahre in Höhe von T€ 4.700.

### 17. Personalaufwand

	2007	2006
	T€	T€
Löhne und Gehälter	5.207	4.592
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung)	882 (222)	811 (202)
<b>Summe</b>	<b>6.089</b>	<b>5.403</b>

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt  
(durchschnittlich vollzeitbeschäftigt)

	2007	2006
Angestellte	63	53

### 18. Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die Ausleihungen an Pontormo, FMC Mexico und FMC Brazil wurden insgesamt um T€ 14.146 außerplanmäßig abgeschrieben.

In Höhe von T€ 1.115 wurden die Anschaffungsnebenkosten der FMC Capital Trusts planmäßig abgeschrieben.

Im Vorjahr wurden die Anteile an verbundenen Unternehmen in Luxemburg in Höhe von T€ 20.171 sowie die Ausleihungen an FMC Argentinien, FMC Mexico und FMC Brazil um T€ 2.814 außerplanmäßig abgeschrieben.

### 19. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen vor allem Kursverluste aus Fremdwährung. Zum Teil stehen diesen Kursverlusten Kursgewinne aus Fremdwährung gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind.

Außerdem beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen Weiterbelastungen der FMC Management AG für die Kosten, die ihr für die Führung der Geschäfte der FMC-AG & Co. KGaA entstanden sind.

## Anhang

---

Ebenso enthalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen Kosten für die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Zusammenhang mit einer Zinsswapvereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Luxemburg.

Im Vorjahr enthielten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zusätzlich Kosten für die Kreditvereinbarung 2006, für den Rechtsformwechsel in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien sowie Kosten, die im Zusammenhang mit der Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien standen.

### 20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2007	2006
	T€	T€
Körperschaftsteuer	21.417	38.508
Solidaritätszuschlag	808	2.033
Gewerbeertragsteuer	27.865	16.033
Summe	50.090	56.574

Seit dem 1. Oktober 2006 ist die Gesellschaft umsatzsteuerlicher Organträger für deutsche Tochtergesellschaften. Zwischen der FMC-AG & Co. KGaA und der FMC D-GmbH sowie der FMC Beteiligungsgesellschaft besteht eine gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaft.

Darüber hinaus bestehen ebenfalls gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaften seit dem 1. Januar 2003 mit der Nephrocare e-services und der FMC NOVA MED, seit dem 1. Januar 2004 mit der FMC US Beteiligungsgesellschaft sowie seit dem 1. Januar 2005 mit der FMC US Zwei Beteiligungsgesellschaft, der FMC US Drei Beteiligungsgesellschaft und der NephroCare D-GmbH.

### 21. Eigene Anteile

Im Laufe des Geschäftsjahres erwarb die FMC-AG & Co. KGaA eigene Stammaktien, die im Rahmen der Mitarbeitererfolgsbeteiligung an bezugsberechtigte Mitarbeiter ausgegeben wurden.

Grundlage hierfür ist eine vom Vorstand und Gesamtbetriebsrat unterschriebene Betriebsvereinbarung, wonach Mitarbeiter für 2006 eine Erfolgsbeteiligung in Höhe von € 1.444 brutto pro Vollzeitmitarbeiter zuzüglich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung erhalten. Ca. 2/3 der ermittelten Höhe der Erfolgsbeteiligung wurde für die Vergabe von Stammaktien verwendet. Für die Verwendung von ca. 1/3 der Erfolgsbeteiligung hatte der Mitarbeiter ein Wahlrecht zwischen einer Barauszahlung oder dem Bezug weiterer Stammaktien. Bei der Wahl weiterer Stammaktien erhielt der Mitarbeiter zusätzlich weitere Bonusaktien und erhöhte dadurch die Erfolgsbeteiligung auf € 1.560,86 brutto. Die Aufteilung der Höhe der Erfolgsbeteiligung auf Stammaktien und Bonusaktien erfolgte am 16. Mai 2007.

Bezugsberechtigt sind alle Mitarbeiter,

- die am 31. Dezember 2006 eine ununterbrochene Betriebszugehörigkeit von mindestens drei Jahren bei der Fresenius SE, Bad Homburg v.d.H., FMC-AG & Co. KGaA, Fresenius Kabi AG, Fresenius ProServe GmbH oder deren in der Betriebsvereinbarung festgelegten Tochtergesellschaften aufweisen und sich zu diesem Zeitpunkt in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis bei der FMC-AG & Co. KGaA oder bei einer in der Betriebsvereinbarung festgelegten Tochtergesellschaft befinden, wobei die bisherige Betriebszugehörigkeit bei einem Wechsel zwischen diesen Unternehmen angerechnet wird;
- die nicht den Status eines leitenden Mitarbeiters gemäß Fresenius-Definition aufweisen.

Zum Zwecke der Mitarbeitererfolgsbeteiligung für das Geschäftsjahr 2006 wurden im Geschäftsjahr 2007 folgende Stammaktien erworben und an Mitarbeiter ausgegeben:

	Datum	Stück	Preis (in €)
Kauf	16.05.2007	26.000	111,80
Stand vor dem Aktiensplit	15.06.2007	26.000	111,80
Stand nach dem Aktiensplit	15.06.2007	78.000	37,27
Kauf von Bank	07.11.2007	849	34,77
Ausgabe an Mitarbeiter	03.12.2007	-78.632	37,16
Verkauf an Bank	21.12.2007	-217	36,33

## 22. Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung bestehender oder mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwartender Zins- und Währungsrisiken und im Zusammenhang mit Konzerndarlehen in fremder Währung setzt die FMC AG & Co. KGaA derivative Finanzinstrumente ein.

Zum Stichtag hatte die Gesellschaft im Wesentlichen USD bzw. EUR Währungsderivate mit einem Nominalvolumen von T€ 777.060 und einem beizulegenden Zeitwert von T€ -1.682 bei einer maximalen Laufzeit von 28 Monaten in ihrem Bestand. Davon entfallen Finanzinstrumente im Nominalvolumen von T€ 362.378 auf von der FMC AG & Co. KGaA mit Banken kontrahierte Kontrakte und die dazu gegenläufigen Kontrakte der FMC AG & Co. KGaA mit Tochtergesellschaften zu gleichen Konditionen, mit denen die Tochtergesellschaften Währungsrisiken aus dem operativen Geschäft kurssichern. Somit haben diese gegenläufigen Kontrakte einen beizulegenden Zeitwert von insgesamt T€ 0.

Des Weiteren hatte die Gesellschaft zum Stichtag Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von T€ 2.116.025 (TUSD 3.115.000) und einem beizulegenden Zeitwert von T€ -19.432 (TUSD -28.606) mit Banken und in gleicher Höhe gegenläufige Zinsswaps mit einer Tochtergesellschaft mit einem beizulegenden Zeitwert von T€ -41.111 (TUSD -60.519) abgeschlossen. In dieser Summe sind Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von T€ 441.546 (TUSD 650.000) enthalten, deren Startdatum der 31. März 2008 ist. Bis zu diesem Zeitpunkt werden Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von T€ 349.840 (TUSD 515.000) fällig. Außerdem hatte die Gesellschaft zum Stichtag Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von T€ 305.686 (TUSD 450.000) und einem beizulegenden Zeitwert von T€ -4.086 (TUSD -6.015) im Bestand, die die Gesellschaft zugunsten von Tochtergesellschaften abgeschlossen hatte.

## Anhang

---

Der beizulegende Zeitwert basiert auf dem Marktwert, zu dem ein derivatives Finanzinstrument in einer freiwilligen Transaktion zwischen Parteien gehandelt werden könnte, wobei Zwangsverkäufe oder Liquidationsverkäufe außer Betracht bleiben.

### 23. Prüfungskosten

Die FMC-AG & Co. KGaA hat im Geschäftsjahr und im Vorjahr für den Abschlussprüfer Honorare für die Abschlussprüfung, sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen, Steuerberatungsleistungen und sonstige Leistungen im Aufwand erfasst.

	2007	2006
	T€	T€
Abschlussprüfung	797	821
Steuerberatungsleistungen		7
Bestätigungsleistungen	8	3
<b>Summe</b>	<b>805</b>	<b>831</b>

### 24. Vergütungsbericht des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin

Der Vergütungsbericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA zur Anwendung kommen, und erläutert die Höhe und Struktur der Vorstandsvergütungen. Der Vergütungsbericht wird auf der Basis der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex erstellt und beinhaltet ferner die Angaben, die gemäß dem Handelsgesetzbuch, erweitert durch das Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (VorstOG), erforderlich sind.

#### I. Vergütung des Vorstands

Die Grundsätze der Vergütung des Vorstands wurden in ihrer Struktur sowie in der jeweiligen Höhe durch den Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG festgelegt.

Zielsetzung des Vergütungssystems ist es, die Mitglieder des Vorstands an der Entwicklung des Unternehmens entsprechend ihren Aufgaben und Leistungen sowie den Erfolgen bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds teilhaben zu lassen.

Die Vergütung des Vorstands ist in ihrer Gesamtheit leistungsorientiert und setzte sich im Geschäftsjahr 2007 aus drei Komponenten zusammen:

- erfolgsunabhängige Vergütung (Grundgehalt)
- erfolgsbezogene Vergütung (variabler Bonus)
- Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (Aktioptionen, aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich).

Des Weiteren hatten im Berichtszeitraum drei Mitglieder des Vorstands Pensionszusagen.

Die Ausgestaltung der einzelnen Komponenten folgt dabei den nachstehenden Kriterien:

## Anhang

Die erfolgsunabhängige Vergütung wurde im Geschäftsjahr 2007 in zwölf monatlichen Raten als Grundgehalt ausbezahlt. Zusätzlich haben die Mitglieder des Vorstands Nebenleistungen erhalten, die im Wesentlichen aus Versicherungsleistungen, der Privatnutzung der Firmen-Pkw, Sonderzahlungen wie z.B. Auslandszulagen, Wohnkostenzuschüssen und Gebühren-erstattung sowie Zuschüssen zur Renten- und Krankenversicherung bestehen.

Die erfolgsbezogene Vergütung wird auch für das Geschäftsjahr 2007 als variabler Bonus gewährt. Die Höhe des jeweiligen Bonus ist von der Erreichung individueller sowie gemeinsamer Ziele abhängig. Für die gesamte erfolgsbezogene Vergütung ist der maximal erreichbare Bonus fixiert. Die Zielvorgaben werden über die Kennzahlen Umsatzwachstum, Jahresüberschuss des Konzerns und operatives Ergebnis (EBIT) sowie an der Entwicklung des Cash-Flow gemessen, unterliegen teilweise einem Vergleich mit Vorjahreswerten und lassen sich zu einem weiteren Teil aus der Gegenüberstellung von Soll- (= Budget-) mit Ist-Werten ermitteln. Des Weiteren findet eine Unterteilung in Zielsetzungen auf Konzernebene und in solche Zielsetzungen statt, die in einzelnen Regionen zu erfüllen sind. Die regionalen Vorgaben beinhalten zudem in einigen Fällen Sonderbestandteile, die über einen dreijährigen Zeitraum und damit nur für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 eine besondere Bonuskomponente an das Erreichen von außerordentlichen finanziellen Zielen knüpfen, die im Zusammenhang mit speziellen Integrationsmaßnahmen (wie z.B. im Zusammenhang mit der Übernahme der Renal Care Group in den USA) stehen. Die Sonderbestandteile erfordern insoweit einen außergewöhnlichen Ergebnisanstieg. Diese besondere Bonuskomponente setzt sich sodann häufig aus einer Barzahlung sowie aus einer Vergütung zusammen, die sich an der Kursentwicklung der Stammaktien der Gesellschaft orientiert. Im Falle der jährlichen Zielerreichung erfolgt die Barzahlung nach Abschluss des jeweiligen Geschäftsjahres; die in diesen Fällen dann ebenfalls jährlich einzuräumende aktienbasierte Vergütung unterliegt einer dreijährigen Wartezeit. Die Auszahlung dieser aktienbasierten Vergütung entspricht dem Kurswert der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA Stammaktie bei Ausübung, und wird aus diesem Grund den Vergütungsbestandteilen mit langfristiger Anreizwirkung zuge-rechnet.

Für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 stellte sich die Höhe der Barvergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG wie folgt dar:

	Erfolgsunabhängige Vergütung				Erfolgsbezogene Vergütung		Barvergütung (ohne Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)	
	Gehalt		Sonstiges 3)		Bonus			
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €	
	2007	2006 1) 2)	2007	2006 1) 2)	2007	2006 1) 2)	2007	2006 1) 2)
Dr. Ben Lipps	766	836	230	150	1.647	1.627	2.643	2.613
Roberto Fusté	350	295	183	176	455	335	988	806
Dr. Emanuele Gatti	465	465	46	38	1.117	937	1.628	1.440
Rice Powell	511	557	33	16	1.124	1.009	1.668	1.582
Lawrence A. Rosen	400	338	84	84	873	744	1.357	1.166
Dr. Rainer Runte	330	330	30	31	714	605	1.074	966
Mats Wahlstrom	584	637	34	14	1.285	1.153	1.903	1.804
Summen:	3.406	3.458	640	509	7.215	6.410	11.261	10.377

1) Bis 9. Februar 2006: Leistung der Fresenius Medical Care AG.

2) Ab 9. Februar 2006: Leistung der Fresenius Medical Care Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA.

3) Enthalten sind Versicherungsleistungen, die Privatnutzung der Firmen-Pkw, Zuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung und sonstige Nebenleistungen.

## Anhang

Als Komponente mit langfristiger Anreizwirkung wurden im Geschäftsjahr 2007 Aktienoptionen auf Basis des Aktienoptionsplans 2006 gewährt. Die Grundzüge des im vorangegangenen Berichtsjahr neu aufgesetzten Aktienoptionsplans 2006 werden in diesem Anhang auf den Seiten 9 bis 10 unter dem Stichwort „Bedingtes Kapital VI“ näher dargestellt.

Zum 1. Januar 2007 existierten bei der Gesellschaft noch drei weitere, durch bedingtes Kapital abgesicherte Mitarbeiterbeteiligungsprogramme, die deren Teilnehmer zum Bezug von Wandelschuldverschreibungen oder Aktienoptionen berechtigten, aus denen jedoch keine weiteren Bezugsrechte mehr ausgegeben werden konnten. In Anknüpfung an diese erfolgreichen Mitarbeiterbeteiligungsprogramme der vergangenen Geschäftsjahre hat die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA den durch die Hauptversammlung am 9. Mai 2006 beschlossenen vorbenannten Aktienoptionsplan 2006 implementiert. Im Zuge eines von der Hauptversammlung am 15. Mai 2007 beschlossenen Aktiensplits im Verhältnis 1:3 wurde auch der Aktienoptionsplan 2006 abgeändert. Einzelheiten hierzu werden in diesem Anhang auf der Seite 5 unter dem Stichwort „Gezeichnetes Kapital“ erläutert.

Aus dem Aktienoptionsplan 2006 wurden im Berichtsjahr mit Wirkung zum 30. Juli 2007 insgesamt 2.395.962 Aktienoptionen zugeteilt, wovon 398.400 auf die Mitglieder des Vorstands entfielen. Zum 3. Dezember 2007, dem zweiten möglichen Zuteilungszeitpunkt des Geschäftsjahres 2007, erfolgte keine Zuteilung von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands.

Für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 sind die Anzahl und der Wert der ausgegebenen Aktienoptionen sowie auch der Wert der aktienbasierten Vergütung in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die darin enthaltenen Angaben berücksichtigen die Änderungen, die sich aus dem von der Hauptversammlung am 15. Mai 2007 beschlossenen und mit Wirkung zum 15. Juni 2007 von der Gesellschaft umgesetzten Aktiensplit ergeben.

	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung							
	Aktienoptionen				Aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich		Gesamt	
	Anzahl		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Dr. Ben Lipps	99.600	99.600	967	985	910	791	1.877	1.776
Roberto Fusté	49.800	49.800	484	493	0	0	484	493
Dr. Emanuele Gatti	49.800	49.800	484	493	267	287	751	780
Rice Powell	49.800	49.800	484	493	613	452	1.097	945
Lawrence A. Rosen	49.800	49.800	484	493	473	319	957	812
Dr. Rainer Runte	49.800	49.800	484	493	391	312	875	805
Mats Wahlstrom	49.800	49.800	484	493	701	516	1.185	1.009
<b>Summen:</b>	<b>398.400</b>	<b>398.400</b>	<b>3.871</b>	<b>3.943</b>	<b>3.355</b>	<b>2.677</b>	<b>7.226</b>	<b>6.620</b>

Die angegebenen Werte der im Geschäftsjahr 2007 an die Mitglieder des Vorstands gewährten Aktienoptionen entsprechen deren Zeitwert (Fair Value) zum Zeitpunkt ihrer Gewährung, somit einem Wert in Höhe von EURO 9,71 (2006: EURO 9,89) pro Aktienoption. Der Ausübungskurs für die gewährten Aktienoptionen beträgt EURO 33,91 (2006: EURO 30,49).

## Anhang

Am Ende des Geschäftsjahres 2007 hielten die Mitglieder des Vorstands insgesamt 1.922.628 Aktienoptionen (2006: 1.644.591 Aktienoptionen).

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2007 erreichten finanziellen Ziele wurden ferner Ansprüche auf aktienbasierte Vergütungen mit Barausgleich im Wert von insgesamt EURO 3.355 Tsd. (Vorjahr: EURO 2.677 Tsd.) erworben. Die Anzahl der Anteile wird auf Basis aktueller Kursverhältnisse noch durch den Aufsichtsrat festgelegt.

Die Höhe der gesamten Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG stellte sich für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 damit wie folgt dar:

	Barvergütung (ohne Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)		Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung		Gesamtvergütung (einschließlich Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung)	
	Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €		Wert in Tsd. €	
	2007	2006	2007	2006 <sup>1)</sup>	2007	2006 <sup>1)</sup>
Dr. Ben Lipps	2.643	2.613	1.877	1.776	4.520	4.389
Roberto Fusté	988	806	484	493	1.472	1.299
Dr. Emanuele Gatti	1.628	1.440	751	780	2.379	2.220
Rice Powell	1.668	1.582	1.097	945	2.765	2.527
Lawrence A. Rosen	1.357	1.166	957	812	2.314	1.978
Dr. Rainer Runte	1.074	966	875	805	1.949	1.771
Mats Wahlstrom	1.903	1.804	1.185	1.009	3.088	2.813
Summen:	11.261	10.377	7.226	6.620	18.487	16.997

1) Die Vorjahreswerte 2006 wurden an den Ausweis des Jahres 2007, der dem Wert zum Zeitpunkt der Gewährung entspricht, angepasst. In 2006 wurde der im Geschäftsjahr gebuchte Aufwand in die Gesamtvergütung einbezogen.

## Anhang

Die Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung können erst nach Ablauf festgelegter Mindestlaufzeiten (Erdienungszeiträume) ausgeübt werden. Ihr Wert wird auf die Erdienungszeiträume verteilt und als Aufwand im jeweiligen Geschäftsjahr berücksichtigt. Der auf die Geschäftsjahre 2007 und 2006 entfallende Aufwand ist in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesen.

	Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung durch Eigenkapitalinstrumente		Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung durch aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich		Gesamtaufwand für aktienbasierte Vergütungen	
	Tsd. €		Tsd. €		Tsd. €	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Dr. Ben Lipps	561	385	276	0	837	385
Roberto Fusté	280	211	0	0	280	211
Dr. Emanuele Gatti	280	211	97	0	377	211
Rice Powell	276	178	163	0	439	178
Lawrence A. Rosen	290	196	108	0	398	196
Dr. Rainer Runte	280	210	105	0	385	210
Mats Wahlstrom	276	221	187	0	463	221
Summen:	2.243	1.612	936	0	3.179	1.612

Die erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteile und die Grundstrukturen der erfolgsbezogenen Vergütungsbestandteile sind im Rahmen der Anstellungsverträge mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern vereinbart. Die Gewährung von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands erfolgt auf jährlicher Basis durch den Aufsichtsrat.

### II. Zusagen an Mitglieder des Vorstands für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit

Für die Vorstandsmitglieder Roberto Fusté, Dr. Emanuele Gatti und Lawrence A. Rosen bestehen einzelvertragliche Pensionszusagen. Hinsichtlich dieser Pensionszusagen bestehen für Fresenius Medical Care zum 31.12.2007 Pensionsverpflichtungen in Höhe von EURO 2.169 Tsd. (31.12.2006: EURO 1.290 Tsd.). Die Zuführung zur Pensionsrückstellung betrug im Geschäftsjahr 2007 EURO 1.117 Tsd. (2006: EURO 453). Die jeweilige Pensionszusage sieht ab dem 65. Lebensjahr, beziehungsweise im Falle des Ausscheidens wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus der aktiven Tätigkeit ein von der Höhe des letzten Grundgehalts abhängiges Ruhegehalt und eine Hinterbliebenenversorgung vor. Der von 30% ausgehende Prozentsatz erhöht sich mit jedem Dienstjahr um 1,5%-Punkte, wobei maximal 45% erreicht werden können. Spätere Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit des Vorstandsmitglieds sind mit 30% ihres Bruttobetragtes auf die Pension anzurechnen.

Mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Ben Lipps wurde ferner anstelle einer Pensionsregelung einzelvertraglich vereinbart, dass er unter Beachtung eines Wettbewerbsverbots bei Beendigung des zwischen ihm und der Fresenius Medical Care Management AG geschlossenen Anstellungsverhältnisses für einen Zeitraum von 10 Jahren für die Gesellschaft eine beratende Tätigkeit ausüben kann. Die seitens der Fresenius Medical Care Management AG hierfür zu gewährende Gegenleistung würde sich p.a. wertmäßig auf etwa 46% der im Geschäftsjahr 2007 an ihn ausbezahlten erfolgsunabhängigen Vergütungskomponente belaufen.

Den Vorstandsmitgliedern Dr. Emanuele Gatti, Rice Powell, und Mats Wahlstrom wurden durch einzelvertragliche Vereinbarungen Leistungen (Abfindungen, errechnet anhand des garantierten einfachen Jahreseinkommens, basierend auf dem entsprechenden Grundgehalt) für den Fall zugesagt, dass das jeweilige bestehende Anstellungsverhältnis mit der Fresenius Medical Care Management AG beendet werden sollte. Etwaige zusätzliche Ausgleichszahlungen, die den genannten Vorstandsmitgliedern im Zusammenhang mit bestehenden nachvertraglichen Wettbewerbsverboten zustünden, wären zur Hälfte auf diese Abfindungszahlungen anzurechnen. Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder enthalten keine ausdrücklichen Regelungen für den Fall eines „Change of Control“.

### III. Sonstiges

Im Geschäftsjahr 2007 wurden an die Mitglieder des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG keine Darlehen oder Vorschusszahlungen auf zukünftige Vergütungsbestandteile gewährt.

Die Fresenius Medical Care Management AG hat sich verpflichtet, die Mitglieder des Vorstands von Ansprüchen, die gegen sie aufgrund ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft und deren konzernverbundenen Unternehmen erhoben werden, soweit solche Ansprüche über ihre Verantwortlichkeit nach deutschem Recht hinausgehen, im Rahmen des gesetzlich Zulässigen freizustellen. Zur Absicherung derartiger Verpflichtungen hat die Gesellschaft eine Directors & Officers Versicherung mit einem angemessenen Selbstbehalt abgeschlossen. Die Freistellung gilt für die Zeit, in der das jeweilige Mitglied des Vorstands amtiert sowie für Ansprüche in diesem Zusammenhang nach jeweiliger Beendigung der Vorstandstätigkeit.

Frühere Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2007 keine Bezüge.

### **25. Vergütung des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA**

Die Vergütung des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA ist in § 13 der Satzung geregelt.

Entsprechend dieser Bestimmung werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats die in Ausübung ihres Amtes entstandenen Auslagen erstattet, zu denen auch die anfallende Mehrwertsteuer zählt.

Als Vergütung erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats für jedes volle Geschäftsjahr eine Festvergütung von je USD 80.000, zahlbar in vier gleichen Raten am Ende eines Kalenderquartals. Beschließt die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses eine höhere Vergütung, so gilt diese.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält eine zusätzliche Vergütung in Höhe von USD 80.000 und sein Stellvertreter eine zusätzliche Vergütung in Höhe von USD 40.000. Als Mitglied eines Ausschusses erhält ein Aufsichtsratsmitglied zusätzlich jährlich USD 30.000 bzw. als Vorsitzender eines Ausschusses jährlich USD 50.000, jeweils zahlbar in gleichen Raten am Ende eines Kalenderquartals.

Soweit ein Mitglied des Aufsichtsrats gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrats der persönlich haftenden Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG ist und für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG Vergütungen erhält, werden die Vergütungen auf die Hälfte reduziert. Das Gleiche gilt hinsichtlich der zusätzlichen Vergütung für den Vorsitzenden bzw. seinen Stellvertreter, soweit dieser gleichzeitig Vorsitzender bzw. sein Stellvertreter im Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care Management AG ist. Soweit der Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care Management AG ist, erhält er für seine Tätigkeit als Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft keine zusätzliche Vergütung.

Die Vergütung des Aufsichtsrats der FMC-AG & Co. KGaA belief sich für das Geschäftsjahr 2007 auf T€ 437 und die Vergütung für den Prüfungsausschuss auf T€ 122.

### **26. Corporate Governance**

Die persönlich haftende Gesellschafterin, vertreten durch den Vorstand der Fresenius Medical Care Management AG, und der Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

## Anhang

---

### 27. Gewinnverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung festzustellen und den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2007 wie folgt zu verwenden:

Zahlung einer Dividende von €0,54 je Stammaktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital der Stammaktien in Höhe von €292.786.583,00	€ 158.104.754,82
Zahlung einer Dividende von €0,56 je Vorzugsaktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital der Vorzugsaktien in Höhe von €3.778.087,00	€ 2.115.728,72
Vortrag auf neue Rechnung	<u>€ 508.462.978,66</u>
	<u>€ 668.683.462,20</u>

Hof an der Saale, 12. Februar 2008

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin  
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

Dr. B. Lipps

R. Fusté

Dr. R. Runte

R. Powell

Dr. E. Gatti

L. Rosen

M. Wahlstrom

## Anhang

---

### Aufsichtsrat

Dr. Gerd Krick  
Vorsitzender  
Königstein

Mitglied des Aufsichtsrats der:  
Fresenius SE (Vorsitzender)  
Fresenius Medical Care Management AG  
Vamed AG, Wien, Österreich (Vorsitzender)

Allianz Private Krankenversicherungs AG  
Adelphi Capital Europe Fund, Cayman Islands (Mitglied des Board of Directors)  
(bis 31.12.2007)  
HDI Haftpflichtverband der deutschen Industrie V.a.G. (Mitglied des Beirats)

Dr. Dieter Schenk  
Rechtsanwalt und Steuerberater  
Stellvertretender Vorsitzender  
München

Mitglied des Aufsichtsrats der:  
Fresenius SE (stellvertretender Vorsitzender)  
Fresenius Medical Care Management AG (stellvertretender Vorsitzender)

Gabor Shoes AG (Vorsitzender)  
Greiffenberger AG (stellvertretender Vorsitzender)  
NSL Consulting AG (Vorsitzender)  
TOPTICA Photonics AG (Vorsitzender)

Professor Dr. Bernd Fahrholz  
Rechtsanwalt  
Frankfurt am Main

Mitglied des Aufsichtsrats der:  
SMARTRAC N.V. (Vorsitzender)

Walter L. Weisman  
Ehemaliger Präsident und Vorstandsvorsitzender von American  
Medical International Inc.  
Los Angeles (USA)

Mitglied des Aufsichtsrats der:  
Fresenius Medical Care Management AG

Mitglied des Vorstands der:  
Occidental Petroleum Corporation  
Maguire Properties Inc. (stellvertretender Vorsitzender und „Lead Director“)

## Anhang

---

Mitglied des Kuratoriums der:

California Institute of Technology (stellvertretender Vorsitzender)

Los Angeles County Museum of Art (ehemaliger Vorsitzender; sog. „Life Trustee“)

Sundance Institute (Vorsitzender)

Samuel H. Kress Foundation (stellvertretender Vorsitzender)

John Gerhard Kringel

Ehemaliger Senior Vice President der Abbott Laboratories Inc.

Durango, Colorado (USA)

Mitglied des Aufsichtsrats der:

Fresenius Medical Care Management AG

Natures View LLC

Alpenglow Development LLC

Justice LLC

River Walk LLC

Visionary Medical Device Fund (Advisory Board member)

William P. Johnston

Ehemaliger Chairman des Board of Directors der Renal Care Group, Inc.

Nashville, Tennessee (USA)

Mitglied des Aufsichtsrats der:

Fresenius Medical Care Management AG

The Carlyle Group (Senior Advisor)

The Hartford Mutual Funds Inc. (Mitglied des Board of Directors)

LifeCare Holdings Inc. (Mitglied des Board of Directors)

Multiplan Inc. (Mitglied des Board of Directors)

Georgia O’Keeffe Museum (Mitglied des Board und Investment Committee)

### **Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG**

Dr. Ben Lipps

Vorstandsvorsitzender

Boston, Massachusetts (USA)

Mitglied des Vorstands der:

Fresenius SE

## Anhang

---

Dr. Emanuele Gatti  
Vorstand für die Regionen Europa, Lateinamerika, Nahost und Afrika  
Bad Homburg v.d.H.

Mitglied des Aufsichtsrats der:  
Centre d'Hémodialyse du Languedoc Méditerranéen S.A.S.  
Centre Néphrologique d'Occitanie S.A.S.  
FMC Magyarország Kft.  
FMC Dialysis Center Kft.  
FMC Groupe France S.A.S.

Mitglied des Universitätsrats der:  
Donau-Universität Krems, Österreich (Vorsitzender)

Roberto Fusté  
Vorstand für die Region Asien-Pazifik  
Hongkong (China)

Dr. Rainer Runte  
Vorstand für Recht & Compliance  
Bad Homburg v.d.H.

Mitglied des Aufsichtsrats der:  
FMC Groupe France S.A.S.  
FMC SGPS, S.A.  
FMC Japan, K.K.  
Fresenius-Kawasumi Co., Ltd.

Lawrence A. Rosen  
Vorstand für Finanzen  
Bad Homburg v.d.H.

Rice Powell  
Gesamtgeschäftsführer Fresenius Medical Care Nordamerika und Leitung von  
„Extracorporeal Therapies and Lab Group (ETLG)“  
Boston, Massachusetts (USA)

Mats Wahlstrom  
Gesamtgeschäftsführer Fresenius Medical Care Nordamerika und Leitung von  
„Medical Services“  
Boston, Massachusetts (USA)

# **Lagebericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale für das Geschäftsjahr 2007**

Die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA („FMC-AG & Co. KGaA“ oder „die Gesellschaft“) verfügt über kein eigenes operatives Geschäft, sondern fungiert als Holding für 723 Tochtergesellschaften, die zusammen den weltweit größten Anbieter von Dialyseprodukten und -dienstleistungen darstellen. Die folgenden Aussagen bezüglich der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage, der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung und des Ausblicks beziehen sich daher auch auf die Aktivitäten des Fresenius Medical Care Konzerns („der Konzern“), der sich in die Segmente Nordamerika und International gliedert.

Eine Aufstellung des Anteilsbesitzes der Fresenius Medical Care wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers in einer separaten Beteiligungsliste elektronisch eingereicht. Aus ihr lassen sich auch die in diesem Bericht verwendete Abkürzungen entnehmen.

## **1. Dialysemarkt**

Weltweit erhalten Patienten mit terminalem Nierenversagen in mehr als 140 Ländern eine Nierenersatztherapie in Form einer Dialyse oder Transplantation. Die Ursachen des Nierenversagens sind vielfältig. Überwiegend liegen sie in Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck und verschiedenen Formen von Entzündungen des Nierengewebes.

Zum Jahresende 2007 lag die Zahl der Patienten, die regelmäßig eine Dialysebehandlung erhalten, bei 1,64 Millionen weltweit. Von diesen Patienten wurden etwa 21 % in den USA, 18 % in der Europäischen Union und 17 % in Japan behandelt. Die verbleibenden 44 % aller Dialysepatienten verteilen sich auf mehr als 110 Staaten in den unterschiedlichen Regionen dieser Welt. Die Zahl der Patienten ist im Jahr 2007 weltweit um circa 6 % gestiegen und liegt damit innerhalb der Erwartungen des Konzerns. Die Patientenzahlen entwickeln sich regional allerdings weiterhin sehr unterschiedlich: In den USA, in Japan sowie in West- und Mitteleuropa wurden eher unterdurchschnittliche Zuwachsraten bei der Zahl der Patienten verzeichnet. In diesen Regionen ist die Prävalenz (d. h. die relative Zahl der an terminaler Niereninsuffizienz erkrankten und behandelten Menschen pro Land) bereits relativ hoch und der Zugang zu einer entsprechenden Behandlung, zumeist der Dialyse, sichergestellt. In ökonomisch schwächeren Regionen dagegen erhöhten sich die Wachstumsraten überdurchschnittlich um bis zu 10 %. Dies ist ein Hinweis darauf, dass der Zugang zur Dialysebehandlung in diesen Ländern derzeit noch beschränkt ist und sich schrittweise verbessert.

Von den weltweit 1,64 Millionen Dialysepatienten erhalten 1,46 Millionen Patienten Dialysebehandlungen mittels Hämodialyse und nahezu 180.000 Patienten Dialysebehandlungen mittels Peritonealdialyse. Etwa 500.000 Nierenpatienten leben mit einer Spenderniere.

Die deutliche Mehrheit der Hämodialyse-Patienten wurde im Jahr 2007 weltweit in einem der rund 26.500 Dialysezentren behandelt. Durchschnittlich unterzogen sich somit circa 55 Patienten pro Zentrum der Hämodialyse. Je nachdem, ob die Gesundheitssysteme in den einzelnen Ländern eher staatlich oder privatwirtschaftlich organisiert sind, unterscheiden sich die Organisationsstrukturen der Zentrumsbetreiber erheblich. In den USA und in der Europäischen Union gibt es jeweils rund 5.000 Dialysekliniken. Während in den USA nur circa 1 % der Dialysekliniken vom öffentlichen Sektor betrieben wird, beträgt der Anteil in der Europäischen Union rund 60 %. In Japan dagegen übernehmen mit einem Anteil von etwa 80 % private Nephrologen die Schlüsselrolle beim Betrieb von Dialysekliniken. In Osteuropa wiederum ist die Zahl der Kliniken, die von Unternehmen betrieben werden, in jüngster Vergangenheit besonders deutlich gestiegen. Dies könnte darauf hinweisen, dass privatwirtschaft-

lich geführte Unternehmen bei der Modernisierung und Kapazitätserweiterung von Kliniken effizienter agieren können als öffentliche Träger.

Der Wert des globalen Dialysemarktes wuchs 2007 um circa 5 % auf etwa 58 Milliarden US-Dollar. Der Markt für Dialyseprodukte hatte daran nach Einschätzung des Konzerns einen Anteil von etwa 9,5 Milliarden US-Dollar. Zu den wichtigsten Produkten zählen Dialysatoren, Maschinen für die Hämodialyse, Konzentrate und Dialyselösungen sowie spezielle Produkte für die Peritonealdialyse. Der Marktanteil der drei größten Hersteller von Dialyseprodukten lag im Jahr 2007 weltweit bei nahezu 70 %. Allein der Konzern kam auf einen Anteil von circa 30 % und war damit Marktführer, gefolgt von Baxter und Gambro. Der Marktanteil der weiteren, mehrheitlich japanischen Anbieter für Dialyseprodukte lag jeweils im einstelligen Prozentbereich.

## **2. Darstellung der Lage**

### **2.1. Ertragslage des Fresenius Medical Care-Konzerns nach US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen (US-GAAP)**

Im Jahr 2007 konnte der Konzern den Umsatz um TUSD 1.221.276 auf insgesamt TUSD 9.720.314 steigern. Das entspricht einem Umsatzwachstum von 14 % (12 % währungsbereinigt) gegenüber 2006. Der organische Umsatzanstieg betrug hierbei 6 %.

Das Konzernbetriebsergebnis (Ergebnis vor Zinsen und Ertragsteuern oder „EBIT“) stieg im Jahr 2007 um 20 % auf TUSD 1.580.122 im Vergleich zu TUSD 1.318.127 in 2006. Der Anstieg beruht auf einem Anstieg des Bruttoergebnisses von TUSD 2.877.556 auf TUSD 3.355.795. Die Bruttoergebnismarge lag in 2007 bei 34,5 % im Vergleich zu 33,9 % in 2006. Die Verbesserung resultierte hauptsächlich aus einem Anstieg der Erlössätze je Behandlung, teilweise ausgeglichen durch höhere Personalkosten sowie ein gestiegenes Wachstum im Dialyседienstleistungsgeschäft und im Arzneimittelgeschäft im Segment International, welche beide niedrigere Bruttomargen aufweisen.

Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten stiegen von TUSD 1.548.369 im Jahr 2006 auf USD 1.709.150 im Jahr 2007. Die Vertriebs- und die allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent des Umsatzes sanken von 18,2 % im Jahr 2006 auf 17,6 % im Jahr 2007. Die positiven Auswirkungen von Größenvorteilen im Segment International wurden zum Teil durch gestiegene Personalkosten ausgeglichen. Des Weiteren war 2006 durch einmalige Aufwendungen in Höhe von 37 Mio. USD im Zusammenhang mit Restrukturierungen, Abschreibung von Know-how aus Entwicklungsprojekten und dem Rechtsformwechsel negativ beeinflusst.

Die Zinserträge erhöhten sich in 2007 auf TUSD 28.588 im Vergleich zu TUSD 20.432 hauptsächlich aufgrund von Zinserträgen aus der Einziehung von überfälligen Forderungen.

Der Zinsaufwand erhöhte sich um 8 % von TUSD 371.678 in 2006 auf TUSD 399.635 in 2007. Hauptgrund hierfür sind die im Zuge der RCG Akquisition ab Ende März 2006 aufgenommenen zusätzlichen Kreditverbindlichkeiten.

Der Konzernüberschuss stieg von TUSD 536.746 in 2006 um 34 % auf TUSD 717.130 in 2007.

## 2.2. Ertragslage der FMC-AG & Co. KGaA

Die FMC-AG & Co. KGaA weist für das Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss von T€ 125.691 (i. Vj. Jahresüberschuss von T€ 58.032) aus.

Das Beteiligungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 220.590 auf T€ 243.690 erhöht. Es setzt sich aus Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von T€ 254.497 (Vj. T€ 241.529), Beteiligungserträgen in Höhe von T€ 20.521 (Vj. T€ 10.519) und Aufwendungen aus Verlustübernahmen von T€ 31.328 (Vj. T€ 31.458) zusammen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen betreffen vor allem die FMC D-GmbH, deren Ergebnisabführung sich aufgrund der guten Ertragslage von T€ 235.905 in 2006 auf T€ 248.081 erhöhte. Die Beteiligungserträge erhöhten sich in 2007 im Vergleich zu 2006 um T€ 10.002. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer erhöhten Dividendenausschüttung einer Tochtergesellschaft in Luxemburg sowie der erstmaligen Ausschüttung einer Tochtergesellschaft in Rumänien. Die Aufwendungen aus Verlustübernahme stammen in 2007 im Wesentlichen von der FMC Beteiligungsgesellschaft und sind hauptsächlich im Zusammenhang mit den Abschreibungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen in Japan, den Niederlanden, Italien und in der Schweiz angefallen, welche durch Zuschreibung zu Anteilen an verbundenen Unternehmen in Argentinien gemindert wurden. In 2006 resultierten sie vor allem aus Abschreibungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen in Österreich, Frankreich, Libanon und Marokko.

Der Vergütungsbericht der Gesellschaft für die Festlegung der Vergütung des Vorstands der Fresenius Medical Care Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA sowie für die Festlegung der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft befindet sich im Anhang.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich von T€ 117.526 in 2006 auf T€ 90.118 in 2007. Der Rückgang beruht vor allem auf einer Abnahme der Kursverluste gegenüber dem Vorjahr. Außerdem beinhalteten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in 2006 Kosten für den Fresenius Medical Care Darlehensvertrag 2006, des Rechtsformwechsels in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien sowie Kosten, die im Zusammenhang mit der Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien standen.

Im Jahr 2007 wurden Abschreibungen auf die Finanzanlagen in Höhe von T€ 15.261 (Vj. T€ 24.100) vorgenommen. Hierbei wurden die Ausleihungen an Pontormo, FMC Mexico und FMC Brazil außerplanmäßig mit T€ 14.146 sowie die Anschaffungsnebenkosten der FMC Capital Trusts in Höhe von T€ 1.115 planmäßig abgeschrieben. In 2006 wurden Anteile an verbundenen Unternehmen in Luxemburg sowie die Ausleihungen an FMC Argentinien, FMC Mexico und FMC Brazil außerplanmäßig abgeschrieben.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von T€ 114.617 in 2006 auf T€ 175.792 in 2007. Die Erhöhung des Ergebnisses beruht vor allem auf dem Anstieg der Ergebnisabführung der FMC-D GmbH sowie auf der Erhöhung der Erträge aus Beteiligungen als auch auf dem Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2007.

Der Steueraufwand für das laufende Jahr ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Für vorangegangene Geschäftsjahre konnten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen gezeigt werden (im Vorjahr Aufwand).

Es wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung festzustellen und insgesamt einen Betrag von T€ 160.220 aus dem Bilanzgewinn auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende von € 0,54 je Stammaktie und € 0,56 je Vorzugsaktie.

### **2.3. Vermögenslage der FMC-AG & Co. KGaA**

Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum Vorjahr um T€41.277 auf T€4.037.304 zum 31. Dezember 2007.

Der Buchwert der Finanzanlagen ist im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um T€256.471 gestiegen. Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Sacheinlagen in Form von Konzerndarlehen bei einer deutschen Tochtergesellschaft. Gegenläufig dazu erfolgten Verkäufe von ausländischen Tochtergesellschaften.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich im Wesentlichen aufgrund der oben genannten Einlage um T€222.459 auf T€888.970 verringert.

Das Eigenkapital hat im Vergleich zum Vorjahr um T€14.882 zugenommen. Der leichte Anstieg beruht überwiegend auf dem laufenden Jahresüberschuss und beinhaltet darüber hinaus Zuflüsse aus der Ausgabe von neuen Stammaktien und Vorzugsaktien aus den derzeit bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen in Höhe von T€27.990. Gegenläufig auf den Anstieg des Eigenkapitals wirkt sich die Ausschüttung der Dividende in 2007 aus. Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 1 % angestiegen. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2007 unverändert 64 %.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Rückstellungen um T€36.474 auf T€117.175 (Vj. T€80.701). Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Zusammenhang mit einer Zinswapvereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Luxemburg. Im Geschäftsjahr kam es bei den Steuerrückstellungen zu einer höheren Zuführung als im Vorjahr, da aufgrund des höheren Ergebnisses der Steueraufwand größer war als die Vorauszahlungen.

Die Summe der Verbindlichkeiten beläuft sich zum 31. Dezember 2007 auf T€1.353.031 und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€10.079 vermindert.

### **2.4. Finanzlage der FMC-AG & Co. KGaA**

Die FMC-AG & Co. KGaA ist als Konzernobergesellschaft in die Finanzierung des Konzerns eng eingebunden. Die Gesellschaft verfügt neben einem Darlehen aus der unten erläuterten vorrangigen Bankkreditvereinbarung vor allem über Darlehen gegenüber verbundenen Unternehmen, die sich um T€20.332 gegenüber dem Vorjahr erhöht haben.

Die Finanzierung des Konzerns erfolgt im Wesentlichen über eine vorrangige Bankkreditvereinbarung, die Ausgabe von genussscheinähnlichen Wertpapieren („Trust Preferred Securities“) über vier Fresenius Medical Care Capital Trusts, die Ausgabe einer vorrangigen Anleihe der FMC Finance III S.A., Luxemburg, sowie Schuldverschreibungen der FMC Finance IV.

Am 31. März 2006 wurde die Gesellschaft Vertragspartner in einer neuen syndizierten Bankkreditvereinbarung („Kreditvereinbarung 2006“) in Höhe von TUSD 4.600.000 mit der Bank of America, N.A., Deutsche Bank AG (Zweigniederlassung New York), The Bank of Nova Scotia, Credit Suisse (Zweigniederlassung Cayman Islands), JP Morgan Chase Bank (Landesgesellschaft USA) und weiteren Darlehensgebern (kollektiv die „Gläubiger“), in der die Gläubiger der Fresenius Medical Care und bestimmten Tochtergesellschaften drei Kreditfazilitäten in einer Gesamthöhe von bis zu TUSD 4.600.000 bereitstellen. Diese Kreditvereinbarung löste die in 2003 abgeschlossene Vereinbarung ab. Der Kredit valutiert zum 31. Dezember 2007 mit TUSD 3.253.254. Davon entfallen TUSD 87.140 auf Stand-by Letters of Credit und TUSD 3.166.114 auf in der Bilanz des Konzernabschlusses auszuweisende Verbindlichkei-

ten. Davon weist die Gesellschaft zum 31. Dezember 2007 eine Verbindlichkeit in Höhe von T€ 265.240 (TUSD 245.000) aus.

Die Kreditvereinbarung 2006 besteht aus folgenden Fazilitäten:

- eine revolvingende Kreditfazilität mit einer fünfjährigen Laufzeit in Höhe von TUSD 1.000.000, die am 31. März 2011 zur Rückzahlung fällig wird.
- ein Darlehen („Loan A“) mit einer fünfjährigen Laufzeit in Höhe von TUSD 1.850.000, das ebenfalls am 31. März 2011 zurückzuzahlen ist. In der Kreditvereinbarung 2006 sind 19 vierteljährliche Tilgungszahlungen in Höhe von TUSD 30.000 vorgesehen, die das Darlehen schrittweise, beginnend am 30. Juni 2006, bis zum 31. Dezember 2010, reduzieren. Der Restbetrag ist am 31. März 2011 fällig.
- ein Darlehen („Loan B“) mit einer siebenjährigen Laufzeit in Höhe von TUSD 1.750.000, das am 31. März 2013 zurückzuzahlen ist. Gemäß den Bedingungen der Kreditvereinbarung 2006 erfolgen 28 vierteljährliche Tilgungszahlungen, die das mittelfristige Darlehen schrittweise, beginnend am 30. Juni 2006, reduzieren. Die ersten 24 vierteljährlichen Rückzahlungen entsprechen jeweils 0,25 % des ursprünglichen Darlehensbetrages. Die Zahlungen 25-28 entsprechen jeweils 23,5 % des ursprünglichen Darlehensbetrages. Die letzte Rückzahlung, fällig am 31. März 2013, muss bereits am 01. März 2011 erfolgen, falls die Trust Preferred Securities, die am 15. Juni 2011 fällig sind, bis zu diesem Zeitpunkt weder zurückgezahlt noch refinanziert sind oder falls deren Laufzeit nicht verlängert worden ist.

Im Juli 2007 erfolgten freiwillige vorzeitige Teilrückzahlungen in Höhe von insgesamt TUSD 300.000. Damit wurde der zur Verfügung stehende Kreditrahmen auf TUSD 4.128.125 reduziert.

Entsprechend den Regelungen der Fresenius Medical Care-Kreditvereinbarung 2006 werden vorzeitige Tilgungszahlungen für Loan A und Loan B zunächst mit den nächsten vier Quartalszahlungen verrechnet. Ein die nächsten vier Quartalszahlungen übersteigender Betrag wird gleichmäßig auf die verbleibenden Zahlungen verteilt. In Folge der vorzeitigen Tilgungszahlungen der mittelfristigen Darlehen sind bis Ende des dritten Quartals 2008 weder für Loan A noch für Loan B Zahlungen zu leisten.

In Abhängigkeit von der gewählten Zinsperiode kann die Gesellschaft zwischen folgenden Zinsvarianten entscheiden: entweder sie zahlt Zinsen auf Basis LIBOR zuzüglich einer bestimmten Marge oder auf Basis des höheren Wertes aus (1) der Prime Rate der Bank of America oder (2) der um 0,5 % erhöhten Federal Funds Rate zuzüglich einer bestimmten Marge. Die jeweilige Marge ist variabel und hängt ab vom Verschuldungsgrad der Gesellschaft ab. Dieser wird gemäß den Festlegungen in der Kreditvereinbarung 2006 als Quotient aus Finanzverbindlichkeiten (abzüglich bis zu TUSD 30.000 flüssige Mittel) und EBITDA ermittelt.

Bei den Capital Trusts handelt es sich um entsprechend den Gesetzen des Staates Delaware/USA geregelte Trusts. Sie haben Trust Preferred Securities mit einem Gesamtvolumen von TUSD 675.000 und T€ 453.388 ausgegeben von denen zum 31. Dezember 2007 T€ 453.388 in der Bilanz der Gesellschaft enthalten sind. Die Trust Preferred Securities berechnen den Inhaber zu einer Ausschüttung in Höhe eines festen jährlichen Prozentsatzes auf den Nominalbetrag der Wertpapiere und sind nach 10 Jahren zurückzuzahlen. Die am 1. Februar 2008 fälligen Trust Preferred Securities in Höhe von TUSD 450.000 und T€ 153.388 wurden planmäßig zurückgezahlt. Für die Rückzahlung am 01. Februar 2008 wurden bestehende Kreditfazilitäten in Anspruch genommen.

Am 2. Juli 2007 hat die FMC Finance III S.A., eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der FMC-AG & Co. KGaA, darüber hinaus eine vorrangige Anleihe in Höhe von TUSD 500.000 mit einer Laufzeit bis 2017 und einem Coupon von 6 7/8 % emittiert. Die Anleihe wird durch

die Gesellschaften FMC-AG & Co. KGaA, Fresenius Medical Care Holdings, Inc. und Fresenius Medical Care Deutschland GmbH gesamtschuldnerisch garantiert. Der Erlös aus der Anleihe in Höhe von etwa TUSD 484.000, der sich nach Abzug von Disagio, Bankgebühren und anderen emissionsbezogenen Kosten ergibt, wurde verwendet für die Reduzierung der Verbindlichkeiten der fünfjährigen Darlehensvereinbarung (Loan A) und der siebenjährigen Darlehensvereinbarung (Loan B) unter der Fresenius Medical Care-Kreditvereinbarung 2006 in Höhe von TUSD 4.600.000 um jeweils TUSD 150.000 sowie des Forderungsverkaufsprogramms der Gesellschaft um TUSD 184.000.

Am 27. Juli 2005 gab die FMC Finance IV Euro-Schuldscheindarlehen in Höhe von insgesamt T€ 200.000 aus, welche aus einer festverzinslichen Tranche in Höhe von T€ 126.000 und einer variablen Tranche bestehen. Die Verzinsung der variablen Tranche ist an den EU-RIBOR mit einem Aufschlag gebunden. Beide Tranchen werden am 27. Juli 2009 fällig.

## 2.5. Kapitalien, Aktionäre, Satzungsbestimmungen

Das Grundkapital der Gesellschaft setzt sich zum 31. Dezember 2007 wie folgt zusammen:

	Anzahl Aktien (Stück)	Gezeichnetes Kapital (T€)	Anteil am gezeichneten Kapital
Stammaktien* / -kapital	292.786.583	292.787	98,7 %
Vorzugsaktien / -kapital	3.778.087	3.778	1,3 %
Gesamt	296.564.670	296.565	100,0 %

(\*) Darin enthalten sind 78.632 Stammaktien, die in 2007 im Rahmen einer Betriebsvereinbarung an Mitarbeiter von Fresenius Medical Care ausgegeben wurden. Diese Stammaktien unterliegen einer zweijährigen Bindungsfrist.

Die Aktien der Gesellschaft sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber. Die Rechte der Aktionäre regeln das Aktiengesetz und die Satzung der Gesellschaft. Nach dem Aktiengesetz gewährt jede Stammaktie in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Vorzugsaktien haben kein Stimmrecht, soweit nicht zwingende Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmen. In Durchführung eines Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Mai 2007 hat die Gesellschaft mit Wirkung zum 15. Juni 2007 einen Aktiensplit im Verhältnis 1 : 3 durchgeführt, in dessen Rahmen die Satzung der Gesellschaft dergestalt neu gefasst wurde, dass die für die Vorzugsaktien vorgesehene Dividende entsprechend angepasst wurde. Die Satzung sieht für Vorzugsaktien nunmehr vor, dass deren Inhaber aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um Euro 0,02 je Vorzugsaktie höhere Dividende erhalten als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von Euro 0,04 je Vorzugsaktie. Die Mindestdividende in Höhe von Euro 0,04 je Vorzugsaktie geht der Verteilung einer Dividende auf die Stammaktien vor.

Die Geschäftsführung und die Vertretung der Gesellschaft obliegen der persönlich haftenden Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG. Sie ist weder am Gewinn und Verlust noch am Vermögen der Gesellschaft beteiligt. Ihre Geschäftsführungsbefugnis umfasst auch außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen. Das Zustimmungsrecht der Stammaktionäre zu solchen Maßnahmen ist ausgeschlossen. Gegenüber der persönlich haftenden Gesellschafterin wird die Gesellschaft durch den Aufsichtsrat vertreten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin scheidet aus der Gesellschaft aus, sobald nicht mehr alle Aktien an ihr unmittelbar oder mittelbar von einer Person gehalten werden, die unmittelbar oder mittelbar über ein nach § 17 (1) AktG abhängiges Unternehmen mehr als 25 % des Grundkapitals der Gesellschaft hält. Zudem scheidet die persönlich haftende Gesellschafterin aus der Gesellschaft aus, wenn die Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin von einer Person erworben werden, die

- nicht gleichzeitig Aktien an der Gesellschaft in Höhe von mehr als 25 % des Grundkapitals der Gesellschaft erwirbt oder
- nicht innerhalb von drei Monaten nach Wirksamwerden dieses Erwerbs ein Übernahme- oder Pflichtangebot gemäß den Regelungen des Wertpapierübernahmegesetzes (WpÜG) an die Aktionäre der Gesellschaft gerichtet hat; die den Aktionären hierin angebotene angemessene Gegenleistung muss auch die von dem Erwerber für die Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin gezahlte Gegenleistung berücksichtigen, sofern diese über den Betrag des Eigenkapitals der persönlich haftenden Gesellschafterin hinausgeht.

Die übrigen gesetzlichen Ausscheidensgründe für die persönlich haftende Gesellschafterin bleiben unberührt.

Die Fresenius SE hält zum 31. Dezember 2007 106.603.026 Stammaktien der Gesellschaft und damit einen Anteil von 36,41 % am stimmberechtigten Kapital der Gesellschaft.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG. Änderungen in der Satzung erfolgen gemäß § 179 i.V.m. § 133 AktG. Die Satzung der Gesellschaft befugt den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu Änderungen der Satzung, welche ihre Fassung betreffen, ohne dass es eines Beschlusses der Hauptversammlung bedarf.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft gemäß den von der Hauptversammlung beschlossenen genehmigten Kapitalien wie folgt zu erhöhen:

- Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals bis zum 29. August 2010 um bis zu insgesamt Euro 35.000.000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlagen (Genehmigtes Kapital I).
- Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals bis zum 29. August 2010 um bis zu insgesamt Euro 25.000.000 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen (Genehmigtes Kapital II).

In beiden Fällen ist die persönlich haftende Gesellschafterin mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter bestimmten Umständen ermächtigt, über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu entscheiden.

Ferner bestehen folgende bedingte Kapitalien:

- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 3.550 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Mitarbeiterbeteiligungsprogramm nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 24. September 1996 Wandelschuldverschreibungen auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber dieser Wandelschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.
- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 2.497 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsprogramm nach Maßgabe der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 10. Juni 1998 und vom 30. Mai 2000 Bezugsrechte auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen.
- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 8.181 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Internationalen Mitarbeiterbeteiligungsprogramm nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2001 Wandelschuldverschreibungen auf Stückaktien ausgegeben wurden und die Inhaber dieser Wandelschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.

- Das Grundkapital ist um bis zu T€ 15.000 bedingt erhöht. Diese bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsprogramm 2006 nach Maßgabe der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 9. Mai 2006 und vom 15. Mai 2007 Bezugsrechte ausgegeben wurden, die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt, wobei für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig ist.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, betreffen einige langfristige Finanzierungsverträge der Gesellschaft. Darin sind marktübliche Change of Control Klauseln enthalten, die den Gläubigern das Recht zur vorzeitigen Kündigung einräumen, wobei der Kontrollwechsel in der Regel mit einer Herabstufung des Ratings der Gesellschaft verbunden sein muss.

### **3. Risiken der zukünftigen Entwicklung**

#### **3.1. Risikomanagement**

Als weltweit tätiges Unternehmen ist der Konzern einer Vielzahl unterschiedlicher Risiken ausgesetzt, die direkt mit aktivem unternehmerischem Handeln verknüpft sind. Erst die Bereitschaft, Risiken einzugehen, ermöglicht es dem Konzern, sich bietende Chancen zu nutzen. Als Anbieter lebensrettender Produkte und Dienstleistungen für kranke Menschen ist der Konzern Konjunkturzyklen nur im geringen Maß unterworfen. Hierin unterscheidet sich der Konzern beispielsweise von Konsumgüterherstellern. Gleichzeitig bilden seine technologische Erfahrung und seine umfangreiche Marktkenntnis eine solide Basis, um Risiken so frühzeitig und so sicher wie möglich einzuschätzen.

Risikomanagement versteht der Konzern dabei als die fortwährende Aufgabe, das Spektrum möglicher und tatsächlicher Entwicklungen zu erfassen, zu analysieren, zu bewerten und – wenn möglich – in korrigierende Maßnahmen umzusetzen. Sein weit reichendes Risikomanagementsystem, dessen Grundsätze in konzernweiten Richtlinien festgeschrieben sind, ist damit ein wichtiger Bestandteil der Steuerung des Konzerns. Es ermöglicht seinem Management, Risiken, die das Wachstum oder das Fortbestehen des Konzerns gefährden könnten, bereits im Anfangsstadium zu identifizieren und soweit wie möglich in ihren Auswirkungen zu minimieren.

#### **Risikomanagementsystem**

Das im Rahmen des Integrierten Management-Systems etablierte Risikomanagement basiert sowohl auf einem konzernweiten Controlling als auch auf einem internen Überwachungssystem. Die in den einzelnen Regionen etablierten Überwachungssysteme bilden das Rückgrat seines Risikomanagements zur Überwachung der branchen- und marktinhärenten Risiken. Zweimal im Jahr werden dem Vorstand Statusberichte von den verantwortlichen Risikomanagern vorgelegt. Diese beinhalten qualitative und quantitative Einschätzungen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe von identifizierten Risiken, die den Konzern gefährden könnten. Im Fall von neu erkannten Risiken wird der Vorstand zudem direkt und umgehend informiert.

Grundlage für Steuerung, Kontrolle und zeitnahes Ergreifen von Vorsorgemaßnahmen, um Risiken zu begegnen, ist ein effizientes Berichtswesen. Daher wird das Management des Konzerns monatlich und quartalsweise über die Branchensituation, das operative und nicht operative Geschäft sowie über Analysen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage informiert.

## 3.2. Risikofelder

Risikofaktoren, die Auswirkungen auf die Konzerngeschäftstätigkeit und damit auf den Konzern haben, zeigen sich in folgenden Bereichen:

### a) Branchenspezifische Risiken

#### ***Regulatorisches Umfeld***

Sowohl die Dienstleistungen als auch die Produkte des Konzerns unterliegen in nahezu jedem Land, in dem er tätig ist, umfassender staatlicher Regulierung. Darüber hinaus hat der Konzern weitere allgemein anwendbare Rechtsvorschriften, einschließlich kartellrechtlicher Vorschriften, zu beachten. Diese von dem Konzern zu beachtenden Gesetze und Vorschriften unterscheiden sich von Land zu Land und betreffen unter anderem die folgenden Bereiche:

- die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit medizinischer und pharmazeutischer Produkte und Grundstoffe;
- den Betrieb von Produktionsanlagen, Labors und Dialysekliniken;
- den korrekten Ausweis und die Fakturierung von Erstattungen durch staatliche und private Krankenversicherer;
- die Vergütung für medizinisches Personal sowie finanzielle Vereinbarungen mit Ärzten und Einrichtungen, die Überweisungen von Patienten veranlassen.

Sollte der Konzern gegen diese zahlreichen gesundheitsrechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften verstoßen, kann dies vielfältige Rechtsfolgen nach sich ziehen. Zu diesen Rechtsfolgen zählen insbesondere Straf- und Bußgelder, erhöhte Aufwendungen zur Erfüllung behördlicher Auflagen, der Ausschluss von den Erstattungsprogrammen des staatlichen Gesundheitswesens oder die vollständige oder teilweise Untersagung der Geschäftstätigkeit. Dies alles kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erheblich beeinträchtigen.

#### ***US-Bundesgesundheitsversorgungsprogramme***

Im Geschäftsjahr 2007 resultierten ungefähr 36 % der weltweiten Umsätze aus Medicare- und Medicaid-Erstattungen, d.h. Erstattungen aus staatlichen Gesundheitsversorgungsprogrammen in den USA. Änderungen in der Gesetzgebung bzw. Erstattungspraxis könnten sowohl den Umfang von Medicare- und Medicaid-Erstattungen für Dienstleistungen als auch den Umfang des Versicherungsschutzes beeinflussen. Ein Rückgang der Medicare- oder Medicaid-Erstattungsraten oder der erstatteten Leistungen könnte zu einer erheblichen Reduzierung der Umsatzerlöse und des Betriebsergebnisses führen.

#### ***Erythropoietin***

Erstattungen und Umsatzerlöse aus der Verabreichung von Erythropoietin („EPO“) trugen in 2007 mit ungefähr 19 % zu den Umsatzerlösen in Nordamerika bei. Änderungen in den Richtlinien zur EPO-Erstattung, eine geänderte Verabreichung von EPO, Lieferunterbrechungen oder schlechtere Einkaufsbedingungen für EPO könnten Umsatzerlöse und Betriebsergebnis erheblich beeinträchtigen.

#### ***Erstattung durch Krankenversicherungen***

In den USA wird ein Teil der Dialysebehandlung durch private Krankenversicherungen und so genannte Managed-Care-Organisationen erstattet. Falls es diesen Versicherungsträgern in den USA gelingt, eine Senkung der Erstattungssätze durchzusetzen, könnte dies die Umsatzerlöse für die Produkte und Dienstleistungen des Konzerns verringern.

## **Gesundheitsreformen**

Eine Reihe von Regierungen, insbesondere die US-amerikanische Bundesregierung, die Regierungen einiger US-amerikanischer Bundesstaaten sowie die Regierungen westeuropäischer Länder arbeiten an Vorschlägen, das gegenwärtige System der staatlichen Gesundheitsfürsorge zu ändern, um den Zugang zur Gesundheitsfürsorge zu verbessern und deren Kosten zu kontrollieren. Für den Konzern könnte eine Umsetzung dieser Vorschläge zu deutlichen Umsatz- und Gewinneinbußen führen.

## **b) Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit**

### **Wachstum**

In der Gesundheitsbranche fand in den vergangenen Jahren eine erhebliche Konsolidierung statt, insbesondere in dem Bereich der Dialyседienstleistungen. Ob und inwieweit der Konzern zukünftig weitere Firmenzukäufe tätigen kann, hängt auch von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sowie den geltenden Beschränkungen der bestehenden Kreditvereinbarungen ab. Bei der Integration von Firmenzukäufen kann es zu Schwierigkeiten kommen.

### **Wettbewerber**

Sowohl im Bereich Dialyседienstleistungen als auch im Verkauf von Dialyseprodukten sind zahlreiche Wettbewerber tätig. Einige von ihnen verfügen über erhebliche Finanz-, Vermarktungs- oder Forschungs- und Entwicklungsressourcen. In der Vergangenheit waren insbesondere technologische Innovationen ein bedeutender Wettbewerbsfaktor für das Geschäft mit Dialyseprodukten. Die Einführung neuer Produkte oder die Entwicklung überlegener Technologien durch Wettbewerber könnte eines oder mehrere Produkte des Konzerns weniger wettbewerbsfähig oder sogar überflüssig machen und damit den zukünftigen Absatz und die Preise der Produkte und den Umfang der Dienstleistungen wesentlich nachteilig beeinflussen.

### **Überweisungspraxis**

Der Erfolg des Geschäfts mit Dialyседienstleistungen hängt davon ab, dass Patienten Dialysekliniken des Konzerns für ihre Behandlung wählen. Patienten wählen eine Dialyseklinik entweder vollständig oder teilweise auf Grundlage der Empfehlung ihres Arztes. Sofern Ärzte und andere überweisende Stellen keine Patienten mehr an Dialysekliniken des Konzerns überweisen oder aufhören, Dialyseprodukte der Gesellschaft zu kaufen, würde dies zu Umsatzeinbußen führen.

### **Produkthaftung**

Unternehmen in der Gesundheitsbranche sind regelmäßig Klagen wegen Sorgfaltspflichtverletzungen, Produkthaftung, Verletzung ihrer Gewährleistungspflichten, Behandlungsfehlern und anderen Ansprüchen ausgesetzt. Diese können hohe Schadensersatzforderungen und erhebliche Kosten für die Rechtsverteidigung mit sich bringen, unabhängig davon, ob letztlich ein Schadensersatzanspruch besteht. Klageverfahren können darüber hinaus dazu führen, dass Risiken dieser Art zukünftig nicht mehr zu angemessenen Bedingungen versichert werden können. Produkte aus der Gesundheitsbranche können zudem Rückrufaktionen und Patentverletzungsklagen unterliegen.

### **Personal**

Das kontinuierliche Wachstum im Bereich der Dialyседienstleistung hängt davon ab, gut ausgebildete Mitarbeiter, beispielsweise qualifiziertes Pflegepersonal und anderes medizinisches Personal, anzuwerben und zu halten. Der Wettbewerb um solche Mitarbeiter ist inten-

siv und die derzeitige Knappheit an Pflegepersonal hat die Personal- und Einstellungskosten erhöht. Darüber hinaus geht der Konzern davon aus, dass der zukünftige Erfolg als Dienstleistungsanbieter erheblich von der Fähigkeit abhängt, qualifizierte Ärzte zu gewinnen und zu halten, die als medizinische Leiter in Dialysekliniken tätig sind. Sofern es dem Konzern nicht gelingt, gut ausgebildetes und fachlich versiertes medizinisches und technisches Personal und Ingenieure anzuwerben und zu halten, könnte dies die Steuerung des zukünftigen Wachstums und die Weiter- und Neuentwicklung von Technologien beeinträchtigen und sich damit nachteilig auf die Ertragslage auswirken.

## **c) Sonstige Risiken**

### ***Wechselkurse und Zinsen***

Der Konzern betreibt ein aktives Risikomanagement für die sich aus seiner Geschäftstätigkeit ergebenden Währungs- und Zinsrisiken. Das Risikomanagement basiert dabei auf Strategien, die in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin definiert wurden. Dazu gehören unter anderem Richtlinien, die sämtliche Phasen und Ebenen des Risikomanagementprozesses regeln. Sie bestimmen die Verantwortlichkeiten für die Ermittlung von Risiken, die sorgsame Anwendung von Finanzinstrumenten zu Absicherungszwecken und eine präzise Berichterstattung. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist auf die Absicherung von Risiken beschränkt, die im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit entstehen. Geschäfte zu Handels- und Spekulationszwecken werden nicht abgeschlossen. Alle Transaktionen erfolgen mit Banken einwandfreier Bonität, deren Auswahl vom Vorstand genehmigt wurde.

Der Konzern setzt Zinssicherungsinstrumente ein sowohl zur Vermeidung von Zinsänderungsrisiken aus variabel verzinsten kurz- und langfristigen Krediten sowie aus der Verbriefung von Forderungen als auch für den Tausch von Festzinssätzen in variable Zinsverpflichtungen, um den Marktwert des festverzinslichen Fremdkapitals gegen Schwankungen der Marktzinssätze abzusichern. Der Nominalwert der entsprechenden Sicherungsgeschäfte im Konzern belief sich zum 31. Dezember 2007 auf USD 3,92 Mrd. Die Zinsderivate laufen zu verschiedenen Terminen zwischen 2008 und 2012 aus.

Derivative Devisenterminkontrakte werden zur Vermeidung von Wechselkursrisiken aus Verkäufen und Käufen zwischen Unternehmen des Konzerns, die in verschiedenen Ländern ansässig sind und in verschiedenen Währungen bilanzieren, sowie im Zusammenhang mit konzerninternen Finanzierungen abgeschlossen. Ein Hauptanteil der Transaktionsrisiken entsteht aus Verkäufen aus dem Euro-Raum an internationale Konzerngesellschaften. Der Nominalwert aller Kurssicherungsgeschäfte, vorwiegend für die Absicherung von Euro gegen US-Dollar und gegen verschiedene andere Währungen, belief sich am 31. Dezember 2007 im Konzern auf USD 0,7 Mrd.

Da die Absicherung des Konzerns gegen Zinsänderungs- und Wechselkursrisiken im Vordergrund steht, kann es in Einzelfällen dazu kommen, dass die Gesellschaft gegen entsprechende Risiken nicht vollständig abgesichert ist.

### ***Steuern***

Der Konzern unterliegt steuerlichen Betriebsprüfungen in den USA, in Deutschland und anderen Ländern. Der Konzern hat im Zusammenhang mit einigen dieser Betriebsprüfungen Mitteilungen über nachträgliche Änderungen von Steuerbescheiden und Bescheide über Abzugsverbote erhalten. Der Konzern geht gegen einige dieser nachteiligen Entscheidungen vor. Abweichende Einschätzungen durch die Steuerbehörden oder Gerichte könnten zu weiteren Steuerzahlungen verpflichten, die die Ertragslage des Konzerns negativ beeinflussen.

## **Internationalität**

Der Konzern betreibt Dialysekliniken in über 29 Ländern und vertreibt eine große Palette an Dialyseprodukten und -dienstleistungen an Kunden in mehr als 100 Ländern. Die internationale Geschäftstätigkeit unterliegt einer Reihe von Risiken, unter anderem den folgenden:

- der Konzern kann Schwierigkeiten haben, in fremden Rechtssystemen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durchzusetzen und einzuziehen;
- einige Rechtsordnungen beschränken den Konzern, Dialysekliniken oder sonstige Unternehmen zu erwerben;
- politische und wirtschaftliche Instabilität, insbesondere in Entwicklungsländern und Schwellenländern, kann die Aktivitäten beeinträchtigen;
- einige Staaten könnten zusätzliche Steuern erheben oder den Import von Produkten beschränken.

Diese Risiken könnten Kosten steigern, Einnahmen senken oder Aktivitäten beeinträchtigen, was erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnte.

## **4. Ausblick und Chancen der künftigen Entwicklung**

### **4.1. Geschäftliche Entwicklung des Konzerns 2008 und 2009**

#### **Währungskursrelationen**

Die Prognose des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 basiert auf einem erwarteten Wechselkurs von 1,47 US-Dollar je Euro. Dieser Wert orientiert sich am Stichtagskurs am 31.12. 2007 von 1,47 US-Dollar je Euro. Neben dem Wechselkurs von Euro zu US-Dollar berücksichtigt der Konzern in seinen Prognosen auch weitere Wechselkurse, etwa Yen zu US-Dollar und Yen zu Euro.

#### **Umsatz**

Im Geschäftsjahr 2008 will der Konzern den Umsatz weiter erhöhen: Er soll gegenüber 2007 um mehr als 7 % auf über 10,4 Milliarden US-Dollar steigen. Für die Geschäftsregion Nordamerika geht der Konzern von einem Umsatzwachstum von 4 % aus, in Europa sollte der Konzern um deutlich mehr als 10 % zulegen, und für Asien-Pazifik rechnet der Konzern mit einem Umsatzplus von mindestens 15 %. Damit dürften die Steigerungsraten in allen Regionen erneut über dem geschätzten erwarteten durchschnittlichen Marktwachstum von 5 % liegen.

Diese positive Entwicklung will der Konzern im Jahr 2009 fortsetzen: Das währungsbereinigte Umsatzwachstum dürfte zwischen 7 % und 9 % liegen und damit auch das geschätzte durchschnittliche Marktwachstum von 5 % übertreffen.

#### **Ergebnis**

Im Geschäftsjahr 2008 will der Konzern einen Jahresüberschuss zwischen 805 und 825 Millionen US-Dollar erwirtschaften. Dies entspräche, verglichen mit 2007 einem Plus von mindestens 12 %.

In Übereinstimmung mit den Zielen der Wachstumsstrategie „GOAL 10“ soll der Jahresüberschuss langfristig zulegen und wird damit auch im Jahr 2009 mehr als 10 % wachsen. „GOAL 10“ heißt die langfristige Strategie für das weitere Unternehmenswachstum bis 2010, die seit dem Frühjahr 2005 umgesetzt wird.

## **Dividende**

Der Konzern verfolgt seit der Gründung des Unternehmens im Jahr 1996 eine langfristige ergebnisorientierte Dividendenpolitik. Die Dividende wurde – vorbehaltlich der Beschlussfassung auf der Hauptversammlung am 20. Mai 2008 – elf Mal in Folge erhöht. In dieser Zeit ist die Dividende je Stammaktie von Euro 0,17 (dies entspricht Euro 0,54 vor dem Aktiensplit) auf Euro 0,54 für das Geschäftsjahr 2007 gestiegen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung um 11 % pro Jahr. Auch für die Jahre 2008 und 2009 plant der Konzern diese Kontinuität beizubehalten. Die Ausschüttungsquote soll in beiden Jahren konstant bei knapp einem Drittel des Jahresüberschusses und damit auf Vorjahresniveau bleiben.

## **Investitionen und Akquisitionen**

Der Konzern strebt an, für Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen im Geschäftsjahr 2008 etwa 10 % des Umsatzes aufzuwenden. Davon sollten im Geschäftsjahr 2008 zwischen 650 und 750 Millionen US-Dollar auf Investitionen entfallen; für Akquisitionen will der Konzern zwischen 150 und 250 Millionen US-Dollar aufwenden. Im Geschäftsjahr 2009 sollen etwa 8 % vom Umsatz in Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen fließen.

Der Konzern plant, die Mehrheit dieser Mittel wie in den Vorjahren nach Nordamerika und Europa – und damit in die größten Geschäftsregionen – fließen zu lassen. Neben der ständigen Modernisierung der Dialysekliniken sowie Produktionsanlagen sollten die erhöhten Investitionen insbesondere für das weitere Wachstum des Geschäfts investiert werden. So soll die starke Nachfrage nach Dialyseprodukten durch die Erweiterung der weltweiten Produktionskapazitäten gedeckt werden. Das Geschäft mit Dialyседienstleistungen soll durch die Eröffnung neuer Kliniken erweitert werden. Weitere Investitionen dienen der Rationalisierung der Produktion und der verbesserten Verwaltung von Patientendaten sowie der Leistungsabrechnung.

Darüber hinaus beabsichtigt der Konzern, weiter gezielt zu akquirieren und das weltweite Geschäft zu stärken. Dazu sollen Dialysekliniken erworben und das Leistungsangebot im Bereich der Dialysemedikamente gemäß der Wachstumsstrategie ausgebaut werden.

## **Steuern**

Für das Geschäftsjahr 2008 rechnet der Konzern mit einer Steuerquote zwischen 38 % und 39 %, die auch im Geschäftsjahr 2009 nicht überschritten werden soll. Langfristig soll die Steuerquote auf unter 38 % gesenkt werden.

## **Finanzierung**

Die Zielbandbreite für den operativen Cash Flow in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 beträgt 10 % bis 12 % vom Umsatz. Dazu soll ein weiterhin fokussiertes Management des Umlaufvermögens beitragen. Bei einem prognostizierten Umsatz von 10,4 Milliarden US-Dollar würde der operative Cash Flow zwischen ungefähr 1,0 und 1,25 Milliarden US-Dollar liegen.

Der Konzern orientiert sich in seiner langfristigen Finanzplanung am Debt/EBITDA-Verhältnis, das zum Ende des Jahres 2007 bei 2,84 lag. Im Geschäftsjahr 2008 soll das Debt/EBITDA-Verhältnis weiter reduziert werden. Bis zum Jahresende wird ein Wert unter 2,8 angestrebt, der auch im Jahr 2009 weiter reduziert werden soll.

Die folgende Tabelle fasst die Kennzahlen des Ausblicks zusammen:

	Ziele 2008	Ziele 2009
Umsatzwachstum	7% auf 10,4 Mrd. US-\$	7% – 9%
Steigerung Jahresüberschuss	mehr als 12% auf 805 – 825 Mio. US-\$	10% – 15%
Gewinn je Aktie	mehr als 12%	10% – 15%
Dividende	kontinuierlicher Anstieg	kontinuierlicher Anstieg
Investitionen und Akquisitionen	650 - 750 Mio. US-\$ 150 - 250 Mio. US-\$	~ 8% vom Umsatz
Steuerquote	38% - 39%	38% - 39%
Debt/EBITDA-Verhältnis	unter 2,8	unter 2,8

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn eine der genannten oder andere Unsicherheiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen.

## 4.2. Chancen

Einige demografische Trends tragen entscheidend zu den Chancen der Gesellschaft bei. Dazu zählen die älter werdende Bevölkerung und die steigende Zahl der Menschen, die an Diabetes und Bluthochdruck leiden – den beiden Erkrankungen, die häufig dem terminalen Nierenversagen vorausgehen. Mit diesen Entwicklungen steigt auch der Bedarf an Dialyseprodukten und -dienstleistungen. Die Gesellschaft will zur Deckung dieses Bedarfs wesentlich beitragen und nierenkranke Patienten mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen versorgen.

Wichtige Chancen für die Gesellschaft bieten sich mit der Erschließung weiterer Märkte, insbesondere in Osteuropa und in den Ländern Asiens. Zwar verkauft die Gesellschaft in den meisten dieser Märkte bereits heute Dialyseprodukte über Distributoren oder eigene Vertriebsorganisationen, ist aber zum Teil nicht als Anbieter von Dialyседienstleistungen in eigenen Kliniken tätig. Dies ist zum einen auf rechtliche Restriktionen zurückzuführen; zum anderen sind oftmals die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gegeben, etwa die entsprechenden Vergütungsstrukturen oder funktionierende Gesundheitssysteme.

Grundlegend neue Chancen für die Gesellschaft könnten aufgrund veränderter rechtlicher Vorschriften in Japan entstehen. Sollten sich dort zum Beispiel die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Dialysekliniken durch privatwirtschaftlich tätige Unternehmen wie Fresenius Medical Care ändern, ergäben sich hieraus wichtige neue Absatzmöglichkeiten. Japan ist der größte Markt in Asien: Dort leben rund 280.000 Dialysepatienten und damit mehr als die Hälfte aller Dialysepatienten in Asien. Auch bevölkerungsreiche Länder wie China und Indien bieten langfristig interessante Wachstumschancen. Deshalb will die Gesellschaft seine Präsenz in den acht größten Städten Indiens künftig verstärken und dort Dialyседienstleistungen anbieten.

Die Gesellschaft nimmt in Deutschland, dem viertgrößten Markt der Welt, aufgrund seiner Produktqualität schon heute eine ausgezeichnete Marktposition ein. Konnten bislang nur niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser oder gemeinnützige Organisationen Dialysezentren betreiben, ist es Fresenius Medical Care nun möglich, Dialysekliniken im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zu unterhalten – das sind fachübergreifende, ärztlich geleitete Einrichtungen, in denen Ärzte als Angestellte oder Vertragsärzte tätig sind. Die Gesellschaft versteht sich als Partner seiner Kunden beim Aufbau von neuen Versorgungsstrukturen im deutschen Gesundheitswesen und wird sich bietende Gelegenheiten wahrnehmen,

um sein Geschäft durch ein solches Engagement langfristig zu stärken. Ende 2007 war die Gesellschaft an insgesamt zwei MVZ beteiligt.

Ein weiteres Geschäftsfeld mit langfristig herausragenden Wachstumschancen sind Dialysemedikamente. Die Integration des Phosphatbinders PhosLo in das Produktportfolio im Herbst 2006 ist hier ein wesentlicher erster Schritt gewesen. Zu den Dialysemedikamenten zählen neben Phosphatbindern unter anderem auch Vitamin-D- und Eisenpräparate sowie Kalziummimetika. Die Gesellschaft schätzt die für den Dialysemarkt relevante Marktgröße für diese vier Produktgruppen auf insgesamt mehr als 2,2 Milliarden US-Dollar.

Chancen ergeben sich auch aus der Forschung und Entwicklung neuer Möglichkeiten für die Behandlung Nierenkranker. Langfristig vorstellbar ist zum Beispiel die Entwicklung von tragbaren künstlichen Nieren. Die Forschungsvorhaben dazu stehen allerdings noch am Anfang, die Behandlung signifikanter Patientengruppen ist daher kurz- und mittelfristig nicht vorstellbar. Fresenius Medical Care hat mit der Akquisition der Renal Solutions, Inc. Ende des Geschäftsjahres 2007 einen ersten wichtigen Schritt unternommen. Wenn solche Systeme entwickelt wären, würden aus deren Einsatz wesentliche Chancen für Fresenius Medical Care bei Dialyseprodukten und den mit der Hemodialyse verbundenen Dienstleistungen erwachsen.

## **5. Nachtragsbericht**

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2007 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die die ausgewiesenen Kennzahlen und Geschäftsergebnisse in irgendeiner Form nennenswert beeinflussen.

## **6. Abhängigkeitsbericht**

Die persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius Medical Care hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und folgende Schlusserklärung gegeben: „Bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen hat unsere Gesellschaft nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen worden sind, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Hof an der Saale, den 12. Februar 2008

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin  
Fresenius Medical Care Management AG

Der Vorstand

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, Hof an der Saale, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 13. Februar 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kuhn  
Wirtschaftsprüfer

Bock  
Wirtschaftsprüfer

## **Bericht des Aufsichtsrats der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA für das Geschäftsjahr 2007**

Im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats standen im abgelaufenen Jahr 2007 erneut Akquisitionen, vor allem aber auch die Erweiterung von Herstellungskapazitäten im In- und Ausland, die Begebung einer 500 Millionen-Dollar-Anleihe und die Erweiterung der Aktivitäten der Gesellschaft im Bereich der Heimdialyse-Versorgung.

### Im Einzelnen

Der Aufsichtsrat hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr ausführlich mit der Lage und den Perspektiven des Unternehmens und verschiedenen Sonderthemen befasst sowie die ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben wahrgenommen. Wir haben die Geschäftsführung des Unternehmens, d. h. den Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin, bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Die Geschäftsführung unterrichtete uns in schriftlichen und mündlichen Berichten regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle maßgeblichen Fragen der Unternehmensplanung und Strategie, über den Gang der Geschäfte, über die Lage des Konzerns sowie über die Risikosituation und das Risikomanagement. Wir haben wieder wie in den vergangenen Jahren die wirtschaftliche Entwicklung der Akquisitionen der Vorjahre überprüft und mit den Planungen und Prognosen im Zeitpunkt der jeweiligen Akquisitionen verglichen.

### Sitzungen

Im Geschäftsjahr 2007 fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt. Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Darüber hinaus wurden zwischen den Sitzungen wichtige oder eilbedürftige Informationen mehrfach schriftlich oder in Telefonkonferenzen erteilt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat auch zwischen den Sitzungen engen Kontakt mit der Geschäftsführung gehalten. Ausgewählte Präsentationen wurden von der Geschäftsführung an leitende Mitarbeiter delegiert, um auf diese Weise dem Aufsichtsrat Gelegenheit zu geben, auch das Top-Management außerhalb des Vorstands kennenzulernen.

### Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat sich im Jahre 2007 mit der Erweiterung der Produktionskapazitäten befasst, und zwar für Dialysatoren in den Werken in St. Wendel (Saarland), in Ogden (Utah, USA) und Buzen (Japan), sowie für Beutel für die Peritoneal- und die Akutdialyse in St. Wendel; weiter wurde eine Produktionslinie für Peritonealdialyse in China gekauft. Gruppen von Dialysekliniken oder Beteiligungen an solchen wurden in Taiwan, in Frankreich, im Vereinigten Königreich und in den US-Bundesstaaten Arizona und Wisconsin mit zustimmender Kenntnisnahme des Aufsichtsrats erworben. In den USA hat die Gesellschaft einen Pharmaziedienstleister, die Firma MAX Well Medical, Inc., erworben, der u. a. Kontraindikationen zu verschreibender Medikamente prüft. Die größte einzelne Investition galt der Renal Solutions, Inc., die eine wesentliche Technologie für den Ausbau der Heim-Hämodialyse verschafft und Grundlage für die Entwicklung einer tragbaren künstlichen Niere ist. Das Extracorporeal Alliance Perfusion Geschäft wurde aus strategischen Gründen veräußert.

Im Bereich Finanzierung befasste sich der Aufsichtsrat mit der erfolgreichen Begebung der Anleihe über 500 Mio. US-Dollar, mit der bestehende Bankkredite und sonstige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten abgelöst wurden. Der Aufsichtsrat hat über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und den Aktiensplit (1:3) beraten, die sodann von der ordentlichen Hauptversammlung 2007 beschlossen worden sind. Nach Befassung des Aufsichtsrats wurden die freien Vorzugsaktien einer US-amerikanischen Zwischenholding, der Fresenius Medical Care Holdings, Inc., zurückgekauft und eingezogen, und auf diese Weise die Kosten der gesonderten Börsenzulassung dieser Aktien eingespart.

Der Aufsichtsrat hat wiederum in einer eineinhalbtägigen Strategiesitzung im Herbst gemeinsam mit der Geschäftsführung über die mittel- und langfristigen Perspektiven der Gesellschaft beraten. Im Mittelpunkt stand dabei die Heimdialyse, und zwar sowohl die Weiterentwicklung der technologischen Grundlagen für diese wie auch die Dienstleistungen rund um die Heimversorgung.

#### Die Tätigkeit des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses

Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss tagte im Berichtsjahr insgesamt vier Mal in Sitzungen und hielt eine Video- und mehrere Telefonkonferenzen ab. Er befasste sich mit dem Jahres- und dem Konzernabschluss, dem Gewinnverwendungsvorschlag und dem Bericht 20-F für die amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss hat ferner jeweils die Quartalsberichte mit der Geschäftsführung erörtert. Der Aufsichtsrat hat auf Empfehlung des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses den Prüfungsauftrag an den Abschluss- und Konzernabschlussprüfer erteilt und mit ihm die Prüfungsschwerpunkte erörtert und festgelegt. Das Risikomanagement war wiederum mehrfach Gegenstand der Beratungen. Die Geschäftsführung hat mehrfach über die Compliance-Situation der Gesellschaft Bericht erstattet.

Vertreter des Abschlussprüfers haben an allen Sitzungen des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses teilgenommen und dabei jeweils über ihre Prüfungstätigkeit bzw. die prüferische Durchsicht der Quartalsabschlüsse berichtet.

Im Jahr 2007 hat sich der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss erneut intensiv mit dem internen Kontrollsystem nach dem Sarbanes-Oxley Act („SOX 404“) bei der Gesellschaft befasst. Die Gesellschaft hat am 19. Februar 2008 den uneingeschränkten Prüfungsvermerk der KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, für die Umsetzung der Regelungen von SOX 404 in 2007 erhalten.

Gegenstand der Prüfungen des Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschusses waren auch wieder die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zur Fresenius SE bzw. mit ihr verbundener Unternehmen. Hier konnte jeweils bestätigt werden, dass diese Beziehungen solchen zwischen fremden Dritten („at arms' length“) entsprechen. In diesem Rahmen hat der Aufsichtsrat den Erwerb von Betriebsmitteln von einer Tochtergesellschaft von Fresenius Kabi in Schweinfurt zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss hat jeweils den Gesamtaufsichtsrat vom Ergebnis seiner Beratungen unterrichtet.

#### Gemeinsamer Ausschuss

Der nach der Satzung der Gesellschaft in 2006 eingerichtete Gemeinsame Ausschuss, dessen Zustimmung für bestimmte wesentliche Transaktionen und bestimmte Rechtsgeschäfte zwischen der Gesellschaft und der Fresenius SE bzw. mit ihr verbundener Unternehmen erforderlich ist, hat im Jahre 2007 nicht getagt.

#### Ad-hoc-Ausschuss für die Umsetzung des Aktiensplits

Für die Beschlussfassung anlässlich des von der ordentlichen Hauptversammlung am 15. Mai 2007 beschlossenen Aktiensplits hat der Aufsichtsrat einen Ad-hoc-Ausschuss gebildet, der aus den Herren Dr. Krick, Dr. Schenk und Prof. Fahrholz bestand. Er hat über den Betrag der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und die verbleibenden bedingten Kapitalien sowie die entsprechende Satzungsänderung Beschluss gefasst.

#### Corporate Governance

In seiner ersten Sitzung im Geschäftsjahr 2007 hat sich der Aufsichtsrat wiederum mit der Überprüfung seiner Effizienz und dem Informationsaustausch zwischen dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat und zwischen dem Aufsichtsrat und dem Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss befasst.

Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss tagt regelmäßig im Anschluss an seine Präsenzsitzungen gemeinsam mit Vertretern des Abschlussprüfers ohne Anwesenheit von Mitgliedern des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin.

In seiner Sitzung vom 15. November 2007 hat der Aufsichtsrat die neue Entsprechenserklärung der Gesellschaft nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex besprochen und verabschiedet. Die Entsprechenserklärung gilt in der auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemachten Fassung vom Dezember 2007. Die Ausnahmen von den Empfehlungen des Kodex betreffen nur die (fehlende) Altersgrenze für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und die Vergütung des Aufsichtsrats, bei der auf einen erfolgsorientierten Bestandteil verzichtet wird.

#### Jahres- und Konzernabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für die Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA, jeweils für das Geschäftsjahr 2007, wurden durch die durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2007 zum Abschlussprüfer gewählte und vom Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss des Aufsichtsrats beauftragte KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft; sie sind mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers lagen dem Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss sowie dem Aufsichtsrat vor. Der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss hat unter Berücksichtigung der Prüfungsberichte des Abschluss- und Konzernabschlussprüfers und in Gesprächen mit diesem den Jahres- und den Konzernabschluss und die Lageberichte geprüft und hierüber dem Aufsichtsrat Bericht erstattet.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns, sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht, jeweils für das Geschäftsjahr 2007, auch seinerseits geprüft. Auch nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung durch den Aufsichtsrat, der ebenso wie der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss die Vertreter des Abschluss- und Konzernabschlussprüfers, die die Prüfungsberichte unterzeichnet haben, hierzu selbst angehört hat, sind gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gesellschaft sowie gegen den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat billigte in der Sitzung vom 19. Februar 2008 den von der persönlich haftenden Gesellschafterin vorgelegten Jahresabschluss der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA für das Jahr 2007. In dieser Sitzung ist auch der Entwurf des Berichts gemäß Form 20-F zur Einreichung bei der Securities and Exchange Commission (SEC) erörtert worden, der neben anderen Angaben den Konzernabschluss nach US GAP beinhaltet. Der Konzernabschluss nach IFRS ist vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 13. März 2008 gebilligt worden. Der Aufsichtsrat hat dem Gewinnverwendungsvorschlag der persönlich haftenden Gesellschafterin zugestimmt, der eine Dividende von 0,54 Euro für Stammaktien und von 0,56 Euro für Vorzugsaktien vorsieht.

#### Abhängigkeitsbericht

Die persönlich haftende Gesellschafterin Fresenius Medical Care Management AG hat gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2007 einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Bericht enthält die Schlusserklärung der persönlich haftenden Gesellschafterin, dass die Gesellschaft bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die der persönlich haftenden Gesellschafterin zum Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen worden sind, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden ist. Der Aufsichtsrat und der Prüfungs- und Corporate Governance-Ausschuss haben den Bericht geprüft. Sie teilen die Auffassung des Abschlussprüfers, der diesen Bericht am 13. Februar 2008 mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen hat:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass (1) die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, (2) bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind, (3) bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch die persönlich haftende Gesellschafterin sprechen.“

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und für die im Jahre 2007 geleistete Arbeit.

Bad Homburg v.d.H., den 13. März 2008

Der Aufsichtsrat  
Dr. Gerd Krick

**Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat der  
Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA  
zum Deutschen Corporate Governance Kodex  
in der Fassung vom 14. Juni 2007 gemäß § 161 AktG**

Vorstand und Aufsichtsrat der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird. Lediglich die folgenden Empfehlungen wurden bzw. werden nicht angewendet:

**Kodex Ziffer 5.1.2 und 5.4.1**

**„Altersgrenze für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder“**

Gemäß Ziffer 5.4.1 des Kodex soll eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder festgelegt werden. Dasselbe soll gemäß Ziffer 5.1.2 des Kodex für Vorstandsmitglieder gelten. Fresenius Medical Care wird so wie in der Vergangenheit auch künftig auf die Einführung von Altersgrenzen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder verzichten, da dies die Auswahl geeigneter Kandidaten pauschal einschränken würde.

**Kodex Ziffer 5.4.7**

**„Vergütung des Aufsichtsrats“**

Gemäß des Deutschen Corporate Governance Kodex sollen Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten. Diese erfolgsorientierte Vergütung sollte auch auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile enthalten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten bei Fresenius Medical Care derzeit ausschließlich eine feste Vergütung. Darüber hinaus prüfen wir regelmäßig, die mögliche Einführung einer an den Unternehmenserfolg gebundenen erfolgsorientierten Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats.

Bad Homburg, Dezember 2007

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA  
Aufsichtsrat und Vorstand  
(Vertreten durch Fresenius Medical Care Management AG)